

E+Z

Monatliches e-Paper

ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT
AND COOPERATION

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

Januar 2017

Big Data
Digitalisierung schafft
neue Möglichkeiten
für Entwicklung

Lateinamerika
Weshalb die EU
Innovationen
fördern sollte

Armutsminderung
In Afrika ist das
Sozialhilfe-Tabu
gebrochen



**Jugend braucht
Chancen**

Schwerpunkt: Jugend braucht Chancen

Hoffnung und Arbeit

Palästinensische Flüchtlinge werden im Libanon nicht gleichberechtigt behandelt, auch wenn viele dort bereits seit Jahrzehnten leben. Besonders junge Palästinenser leiden unter Diskriminierung und Chancenlosigkeit. Eine praxisorientierte Berufsausbildung kann viel bewirken, erfuh die Journalistin **Mona Naggar**. [Seite 14](#)

Noch immer Hoffnung auf Veränderung

2011 betrachtete die Welt bewundernd die arabischen Aufstände. Sie wurden von jungen Leuten getragen, die Veränderung in Ägypten und anderen Ländern forderten. Sechs Jahre später herrscht düstere Stimmung bei den jungen Leuten in Ägypten, berichtet die Journalistin **Basma El-Mahdy**. [Seite 17](#)

Triste afrikanische Perspektiven

In Burkina Faso bewirkte jugendlicher Aktivismus demokratische Veränderung. Der Journalist **Boukari Ouoba** beschreibt die Entwicklung, die zum Sturz des autoritären Präsidenten Blaise Compaoré führte. Er betont, dass viele junge Leute noch immer wütend sind und sich ausgegrenzt fühlen. **Ndongo Samba Sylla** vom Dakar-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung warnt, dass es zu mehr Unruhen, Migration, Verbrechen und religiösen Extremismus kommen wird, wenn es nicht mehr formale Jobs für die Jugend geben wird. In Südafrika fordern die Studenten eine kostenlose und „dekolonialisierte“ Ausbildung, wie der Studentenaktivist **Majaletje Mathume** erklärt. [Seiten 21, 23, 24](#)

U-förmige Verteilung

Viele junge indische Frauen haben ehrgeizige Berufsziele und sie haben in vielen Bereichen bereits einiges bewirkt. Dennoch werden viele Träume platzen, weil es für Frauen weniger Arbeitschancen als für Männer gibt, weiß die Journalistin **Roli Mahajan**. Viele junge Inderinnen würden gerne ins Ausland gehen. **Vidya Varghese** beschreibt, was sie als weltwärts-Freiwillige bei einer NGO in Deutschland erlebt hat. [Seiten 25, 27](#)

Bildung nicht dem Markt überlassen

In Chile ist die junge Generation wütend, weil das Bildungssystem Ungleichheit fördert und verstärkt. Hauptgrund ist die Überlegenheit privater Schulen und Hochschulen, die hohe Studiengebühren verlangen. Studierende fordern, dass die Regierung daran etwas ändert und eine gute und kostenlose staatliche Bildung bietet, berichtet der Journalist **Javier Cisterna Figueroa**. [Seite 28](#)

Liebe Leserinnen und Leser,

diesmal gibt es unser e-Paper nur als pdf-Datei. Die aufwändige blätterbare Version ist mit mehr als 100 MB sehr groß und scheint nicht sehr beliebt zu sein. Sollten Sie sie jedoch vermissen, werden wir sie wieder einführen. Bitte schreiben Sie uns (euz.editor@fs-medien.de), ob Sie die blätterbare oder die pdf-Version mit 10 bis 15 MB bevorzugen.

Editorial

Ungleiche Chancen

➔ Die Jugend ist die Hoffnung der Welt. Sie steht für Wandel, für Erneuerung, manchmal sogar für demokratische Revolution. Junge Menschen verkörpern die Zukunft und den Fortbestand der Menschheit – den wir nicht als selbstverständlich ansehen sollten. Sie brauchen gute Bildung und gute Jobs. Ohne Chancen für die Jugend sind weder nachhaltiges Wirtschaftswachstum noch eine faire Gesellschaft und politische Stabilität möglich.

Schon ihre Masse macht die Jugend zu einer wichtigen Größe. Die 15- bis 24-Jährigen stellen 18 Prozent der Weltbevölkerung. Ihre Probleme müssen ernst genommen und angegangen werden. Die Jugendarbeitslosigkeit wächst, und die Lebensbedingungen werden in vielen Teilen unserer krisengeschüttelten Welt schlechter statt besser. Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO machen junge Menschen mehr als 35 Prozent der Arbeitslosen weltweit aus, und mehr als jeder dritte Jugendliche in Schwellen- und Entwicklungsländern lebt in Armut, obwohl er einen Job hat.

Diese Entwicklung ist gefährlich. Frustrierte junge Menschen stellen eher eine Gefahr als eine Chance dar. Wenn sie sich nichts aufbauen, keine Familie gründen und nicht zumindest einige ihrer Erwartungen erfüllen können, wirken sie zerstörerisch, werden anfällig für Extremismus – oder gehen weg. Millionen junger Menschen suchen ihr Glück im Ausland und fehlen zu Hause.

Bildung ist der Schlüssel zu allem. In Bezug auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes ist eine gute Berufsausbildung ebenso essenziell wie universitäre Bildung. Doch in vielen Ländern gibt es keine formale Ausbildung für Berufe wie Tischler oder Friseur, in der theoretisches Wissen ebenso vermittelt wird wie praktische Fertigkeiten. Zudem ist es schwer, ohne die neueste Technik und Zugang zum Weltmarkt Weltstandards zu erfüllen.

Die Benachteiligung von Frauen ist ebenfalls ein großes Problem. Noch immer erhalten Mädchen im Durchschnitt weniger Bildung als Jungen, und weniger Frauen als Männer arbeiten. Doch die meisten Frauen – auch in sehr traditionellen Gesellschaften – wollen einen Job und ein gewisses Maß an Unabhängigkeit. Die Jungen werden weiter dafür kämpfen.

Soziale Ungleichheit verbreitert die Kluft. In Deutschland gehen eher privilegierte Kinder zur Uni als solche aus armen und bildungsfernen Familien. Am Geld liegt es nicht: staatliche Hochschulen sind kostenlos. Vielerorts dagegen stellen Studiengebühren unüberwindbare Hindernisse für die Mehrheit dar. Oft gibt es schon bei Schulen zwei Klassen: öffentlich, kostenlos und schlecht gegenüber privat, kostenpflichtig und gut. Derartige Ungerechtigkeiten, in Industrie- wie in Entwicklungsländern, müssen beendet werden. Alle Mädchen und Jungen verdienen die gleichen Chancen. ←



Katja Dombrowski
ist Redakteurin bei E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit /
D+C Development and Cooperation.
euz.editor@fs-medien.de

Monitor

Palmölmonokulturen bedrohen Mensch und Umwelt / In Afrika investieren / Kampf gegen Polio in Nigeria trotz Boko Haram / Vom Überlebenskampf syrischer Flüchtlingsfrauen / Saudi-Arabien ist ein problematischer Verbündeter des Westens / CBM-Buch wirbt für inklusive Entwicklungsarbeit / Heutzutage: Unmenschliche Lebensbedingungen in Malawis Gefängnissen / Impressum 4

Schwerpunkt: Jugend braucht Chancen

- Mona Naggar*
Junge Palästinenser im Libanon brauchen Unterstützung 14
- Basma El-Mahdy*
Hoffnungen auf Wandel erfüllten sich für junge Ägypter nicht 17
- Katja Dombrowski*
ILO: Jugendarbeitslosigkeit steigt weltweit wieder an 20
- Boukari Ouoba*
Burkinas Jugend vertrieb Präsident Blaise Compaoré aus dem Amt 21
- Ndongo Samba Sylla*
Ohne Perspektiven für Afrikas Jugend droht viel Ungemach 23
- Majaletje Mathume*
Südafrikanische Studenten fordern kostenlose Bildung 24
- Roli Mahajan*
Viele junge Inderinnen erreichen ihre Berufsziele nicht 25
- Vidya Varghese*
Erfahrungen einer indischen weltwärts-Freiwilligen in Deutschland 27
- Javier Cisterna Figueroa*
Jugendliche in Chile leiden unter der privatisierten Bildung 28

Tribüne

- Julia Manske und Tobias Knobloch*
Big Data: Chancen und Risiken von nutzergenerierten und automatisch erstellten Daten 30
- Edith Koesoemawiria*
Bücher für entlegene indonesische Dörfer 34
- Claudio Maggi*
Gute Innovationspolitik ist für Lateinamerika essenziell 35
- Bernd Schubert*
Vom Nutzen von Cash-Transfer-Programmen in Afrika 38

Debatte

Kommentare zu den Präsidentenwahlen in Gabun, zu den Auswirkungen von Trumps Wahlsieg auf Pakistan, zu Globalisierungsfragen und zum Schutz der antarktischen Gewässer 40

Tribüne



Schubert

Sinnvolle Hilfe

Entwicklungshilfe geht häufig an den ärmsten Menschen vorbei, da ihnen jedes Selbsthilfepotenzial fehlt. Ein Pilotprojekt im sambischen Kalomo gewährte den am stärksten benachteiligten Gruppen regelmäßige Zuschüsse zum Lebensunterhalt. Es zeigte positive Wirkung und hat das Sozialhilfe-Tabu für viele Länder gebrochen, meint der Wissenschaftler **Bernd Schubert**, der als GIZ-Experte am Kalomo-Projekt mitgearbeitet hat. [Seite 38](#)

Richtiger Umgang mit Daten

Um den Entwicklungsstand zu erfassen und Fortschritt voranzutreiben, sind belastbare Zahlen und Informationen unerlässlich. Durch die neuen Medien steht eine Menge automatisch generierter Daten zur Verfügung. Chancen und Risiken erörtern **Tobias Knobloch** und **Julia Manske** von der Berliner Denkfabrik Stiftung Neue Verantwortung. [Seite 30](#)

Debatte



Shahzaib Akber/picture-alliance/dpa

Unsicherheit ist neue Norm

Pakistan ist ein kleines Land, und der Anteil seiner Wirtschaft am Welthandel ist ebenfalls klein. Die Abhängigkeit von den USA ist dafür umso größer – sowohl als militärischer Verbündeter als auch als Handelspartner. Die Präsidentschaft Trumps sehen viele Pakistanis mit Sorge, erklärt die Wirtschaftsjournalistin **Afshan Subohi**. [Seite 41](#)

Palmölriesen bestimmen die Regeln

Palmöl ist zum begehrten Produkt geworden. Große Firmen bestimmen Einkaufspreise, Produktionsbedingungen und -mengen, während die Bauern für geringes Entgelt arbeiten und das volle Risiko tragen. Riesige Monokulturen bedrohen die biologische Vielfalt und gefährden die Lebensgrundlagen der Menschen. Graswurzelbewegungen haben derweil erste Erfolge.

Monitor

„Palmöl ist fast überall drin: in Schokolade, Margarine, Brot, Chips, Pizza oder Cremes und Shampoos sowie in Reini-

gungsmitteln“, sagt Akua Britwum. Um der wachsenden Nachfrage auf dem Weltmarkt zu begegnen, expandieren Palmölfirmen, nehmen immer mehr lokale Kleinbauern unter Vertrag oder kaufen größere Anbauflächen, erklärte die Sozialwissenschaftlerin aus Ghana auf einer Fachtagung an der Freien Universität Berlin.

Palmöl ist zu einem begehrten Produkt geworden. Nach Angaben der Umweltschutzorganisation WWF wurden 2015 weltweit 60 Millionen Tonnen Palmöl hergestellt. Inzwischen landet das rotbräunliche Öl aber nicht nur in Nahrungsmitteln, Drogerieprodukten und Medikamenten. Fünf Prozent der Palmölernte werden als Rohstoff für die Energiegewinnung genutzt, etwa für Strom und Wärme oder als Biokraftstoff.

Die steigende Nachfrage hat die Landwirtschaft in vielen Ländern verändert, so auch in Ghana. Das westafrikanische Land ist vor allem für Kakao bekannt, setzt aber inzwischen auch auf andere landwirtschaftliche Produkte wie Palmöl und Baumwolle. Die Ölpalmen werden dort hauptsächlich im Vertragsanbau (out grower schemes) angebaut. Oft bleibt den Bauern keine große Wahl: Entweder sie kooperieren mit der Palmölfirma, oder sie bleiben vom Weltmarkt ausgeschlossen.

So genannte Outgrowers verpflichten sich, ihre gesamte Ernte an die inzwi-

schen private Ghana Oil Palm Development Company (GOPDC) zu verkaufen. Die Weltbank und die OECD propagieren das Modell als vielversprechende Strategie für die Landwirtschaft in Entwicklungsländern. Es soll Kleinbauern Zugang zum Weltmarkt verschaffen. Aber auch ein Vertrag bringt den Bauern nicht unbedingt Vorteile. „Während sich die GOPDC vergrößert, verschlechtern sich die Arbeitsverhältnisse und Rechte der Vertragsbauern“, sagt Britwum. Forschungsergebnisse zeigten, dass die Arbeitsverhältnisse in der Branche immer informeller und flexibler würden.

Lockere Verträge

Die Verträge vereinbaren Firma und Bauern schriftlich oder auch mündlich. Der Unterschied zwischen Outgrower und Kleinbauer besteht darin, dass der Outgrower eigenes oder gepachtetes Land mitbringt, während die Firma dem Kleinbauern die zu bewirtschaftende Ackerfläche zuteilt. Im Gegenzug stellt die GOPDC den Bauern Saatgut, Kredite und Schädlingsbekämpfungsmittel zur Verfügung. In jedem Fall sitzt sie am längeren Hebel. „Die Firma bestimmt den Kilopreis für die Palmfrüchte und enthält den Bauern die Abrechnung vor“, sagt Britwum. Außerdem bestimme die GOPDC die Produktionsmenge. Lieferten die Bauern nicht genug, zahlten sie dafür Strafen.

Auch die Zivilgesellschaft übt Kritik. Der internationalen NGO ActionAid zufolge stellen Bauern im südlichen Afrika ihr Land und ihre Arbeitskraft nicht nur billig zur Verfügung, sondern tragen dazu noch das volle Risiko. Die NGO analysierte zahlreiche Verträge zwischen Firmen und Bauern und fand darin wenig Klarheit. Beispielsweise seien Verträge häufig nicht befristet, oder die Firma mache keine genauen Angaben zu den Erntemengen, die Bauern am Ende der Saison liefern müssten. Das Outgrower-Modell in Ghana schließe vor allem besonders benachteiligte Gruppen aus: Menschen ohne Landrechte, Selbstversorger und Frauen, die Landrechte oftmals nur

über den Ehemann oder einen männlichen Verwandten erben können.

Laut Britwum haben es einige Vertragsbauern in Ghana dennoch geschafft, ihre Lage deutlich zu verbessern. Einerseits hätten sie die Firma in die Pflicht genommen, die Gemeinden mit Infrastrukturprojekten zu unterstützen, etwa den Bau von Schulen und die Versorgung mit Strom- und Wasseranschlüssen. Entscheidend sei aber gewesen, dass Bauern zunehmend auf die Weltmarktpreise im Internet zugriffen und so den Verkaufspreis ihrer Ernte besser verhandeln könnten. Heute sei die GOPDC grundsätzlich verhandlungsbereiter. „Die Firmenleitung merkt, dass sie auf die Kleinbauern angewiesen ist, wenn sie die Produktionsziele aufrechterhalten und der Nachfrage auf dem Weltmarkt hinterherkommen will“, sagt die Wissenschaftlerin.

Steigende Nachfrage, hohe Profite

Die Nachfrage wächst besonders in den bevölkerungsreichen Ländern China und Indien, wo viele Menschen ihren täglichen Fettbedarf mit Palmöl decken. Hinzu kommt der steigende Verbrauch an Biosprit. Palmöl braucht im Vergleich zu anderen Pflanzenölen viel weniger Anbaufläche. Die Ölfrüchte sind dreimal so ertragreich wie Raps, und die Palme beansprucht für den gleichen Ertrag etwa sechsmal weniger Fläche als Soja.

In Malaysia und Indonesien werden deshalb im großen Stil Wälder gerodet, um den Plantagen Platz zu machen. Die beiden Inselstaaten stemmen inzwischen über 85 Prozent der Weltproduktion; ihre Anbauflächen haben sich seit 1990 verzehnfacht – Tendenz steigend. Dem WWF zufolge plant Indonesien, seine Plantagen in den nächsten zehn Jahren auf 20 Millionen Hektar zu vergrößern.

Die riesigen Monokulturen bedrohen nicht nur die biologische Vielfalt, sondern gefährden auch die Lebensgrundlagen der



Dedi Simuhai/picture alliance/dpa

Arbeiter bei der Ernte von Palmfrüchten in Indonesien.

lokalen Bevölkerung. „Die hohen Profitmargen in der globalen Produktionskette gehen massiv auf Kosten der indonesischen Lohnarbeiter“, sagt Oliver Pye von der Universität Bonn. Der Weltmarktpreis für eine Tonne rohes Palmöl liege derzeit bei etwa 700 Dollar. Die Lohnarbeiter verdienen allerdings nur 30 Dollar pro Tonne.

Wandel von unten

Der Sozialwissenschaftler befasst sich mit der Frage, wie die Palmölproduktion in Südostasien sozial und ökologisch fairer werden kann. Obwohl das Geschäft in der Region riesige Gewinne abwerfe, verschlimmere sich die Armut. Grund dafür sei die schlechte Bezahlung der Wanderarbeiter, die meist auf staatlichen oder privaten Großplantagen arbeiteten.

In Indonesien liegt der durchschnittliche Monatslohn unter 100 Euro. Und in Malaysia verdienen unangemeldete Tagelöhner umgerechnet einen Euro am Tag. Pye geht von etwa einer Million indonesischen Wanderarbeitern in Malaysia aus, die Hälfte von ihnen nicht registriert. Dem Wissenschaftler zufolge war es bis-

lang schwierig, einflussreiche Gewerkschaften zu gründen. Hinzu komme, dass Palmölfirmen auf Widerstand der Arbeiter oft mit Entlassungen oder Festnahmen reagierten. Forscher fanden etwa heraus, dass Ölfirmen mit Betrügern und der lokalen Polizei zusammenarbeiten, um Arbeiter einzuschüchtern. Dennoch seien durch die jahrelangen Wanderbewegungen Netzwerke entstanden, auf die die Arbeiter zurückgriffen, beispielsweise um sich über Bezahlung, Wohn- und Arbeitsbedingungen auszutauschen.

Allmählich verschafften sich Arbeiter jedoch auch im Kollektiv Gehör, etwa während des Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO) in Medan 2013. Dort protestierten hunderte Arbeiter. Der RSPO wurde 2004 gemeinsam von WWF und Unternehmen der Palmölbranche, Lebensmittelkonzernen, Banken sowie Vertretern der Zivilgesellschaft gegründet, um den nachhaltigen Anbau von Palmöl zu gewährleisten. Das RSPO-Zertifikat steht für ökonomische, soziale und ökologische Kriterien, die die Produzenten einhalten müssen. Die Kriterien gingen den Demonstranten aber nicht weit genug. Seit 2015 gibt es laut Pye auch ein transnationales Netz-

werk von Arbeiterbewegungen in Indonesien und Malaysia.

„In einer Welt, in der wir nicht nach Malaysia migrieren müssten, wären wir arbeitslos, und Malaysia hätte noch seine Regenwälder“, sagt ein Interviewpartner in Pyses dreijähriger Studie. Die Aussage beschreibt, was laut Pye geschehen muss. Ein Wandel kann demnach nur aus den Arbeiterbewegungen selbst herauskommen. Ziel müsse ein Kleinbauern-System sein, in dem Bauern weniger produzieren und somit auch weniger Land und Regenwald beanspruchen. Das bedeute keinen Verlust an Jobs, da nichtindustrielle Landwirtschaft arbeitsintensiver sei als Monokulturen. In so einem System müssten angesichts der riesigen Profitmargen deutlich höhere Löhne gezahlt werden. Zudem sollten Bauern ihr eigenes Land bewirtschaften können. *Theresa Krininger*

Link

Pye, O., Daud, R., Manurung, K., und Siagan, S., 2016: Workers in the palm oil industry – exploitation, resistance and transnational solidarity. Stiftung Asienhaus, Köln. http://www.asienhaus.de/archiv/user_upload/Palm_Oil_Workers_-_Exploitation_Resistance_and_Transnational_Solidarity.pdf

Impulse für Afrika

Um Afrika ökonomischen Schwung zu vermitteln, haben Gerd Müller, der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, und Sigmar Gabriel, der Bundesminister für Wirtschaft, eine gemeinsame Initiative gestartet. Sie entspricht ihrem Anspruch, Globalisierung gerecht zu gestalten.

Deutschen Wirtschaftsverbänden zufolge haben bisher nur etwa 1000 von 400 000 international tätigen deutschen Unternehmen Investitionen in Afrika getätigt. Das entspricht nicht dem Potenzial dieser Weltgegend, die Müller als „Chancenkontinent“ bezeichnet. Die neue Initiative soll dazu beitragen, Investitionsbedingungen zu verbessern und Risiken zu mindern. Gabriel sagt: „Der Investitionsbedarf afrikanischer Staaten ist enorm.“ Deutsche Technik und deutsches Know-how seien besonders gefragt.

Die beiden Minister wollen den Handel in beide Richtungen und damit auch die Volkswirtschaften der afrikanischen Partner stärken. Müller erklärt: „Jobs schaffen Lebensperspektiven, und wer eine Perspektive hat, bleibt in seiner Heimat.“ Vorgesehen sind unter anderem die engere Zusammenarbeit von deutschen

Botschaften, Außenhandelskammern und bilateralen Entwicklungsorganisationen, intensivere Beratung von afrikanischen Partnern sowie Steuervergünstigungen und staatliche Garantien für deutsche Investoren.

- Die Initiative umfasst zehn Punkte:
- Rahmenbedingungen in den Partnerländern verbessern,
 - Unternehmen bei Investitionen und Entwicklungspartnerschaften aktiv begleiten,
 - Mittelstand und Unternehmensgründungen in Partnerländern fördern,
 - Risiken besser abfedern, mehr Investitionen ermöglichen,
 - Bundesgarantien attraktiver gestalten,
 - steuerliche Anreize für engagierte Unternehmen schaffen,
 - nachhaltige Wertschöpfungsketten befördern,
 - Finanzierungsmöglichkeiten verbessern,
 - Rahmenbedingungen für den Handel in Afrika und auf EU-Ebene verbessern und
 - Fachkräfte ausbilden.

Auf das deutsche Modell der Fachkräfteausbildung ist Gabriel besonders stolz. Dieses „Kronjuwel“ gelte es zu exportieren. Die Qualifizierung junger Menschen im Ausland sei „gelebte Entwicklungshilfe“.

Leider unterschätzten Politiker in Entwicklungsländern häufig die Bedeutung beruflicher Bildung.

Die Initiative entspricht dem Anspruch der beiden Spitzenpolitiker, Globalisierung gerecht zu gestalten. „In den vergangenen 30 Jahren hat der globale Handel hundert Millionen von Menschen Wohlstand, Arbeit und Überwindung von Hunger und Armut gebracht“, sagt Entwicklungsminister Müller. Allerdings habe der ungeregelte Markt auch zu Gerechtigkeits- und Verteilungsproblemen geführt. „Wenn die reichsten zehn Prozent der Menschheit 90 Prozent des Vermögens besitzen, dann müssen wir die Frage nach ‚Wachstum aber wie?‘ neu diskutieren“, sagt Müller. Er fordert strengere Regeln für globale Märkte sowie soziale und ökologische Mindeststandards.

Auch in Europa prägen die negativen Folgen von Globalisierung mittlerweile die öffentliche Debatte. Vizekanzler Gabriel zitiert dazu eine europaweite Studie der Bertelsmann-Stiftung. „Mittlerweile sieht jeder zweite, also 45 Prozent, die Globalisierung als Gefahr – Tendenz steigend“. Hintergrund sei die Angst vor Kontrollverlust – etwa im Hinblick auf Migration.

Die Bundesregierung setzt auf internationale Handelsabkommen. Müller sagt: „Wir müssen die Welthandelsorganisation von einem Freihandels-Regime in einen globalen Ordnungsrahmen für einen fairen Handel mit sozial-ökologischen Mindeststandards weiterentwickeln.“ Sein Kollege aus dem Wirtschaftsressort betont, dass auch bilaterale Handelspolitik diesem Ziel diene. Verhandlungen erweisen sich erfahrungsgemäß aber als langwierig, und nach dem Wahlsieg von Donald Trump in den USA und dem britischen Votum, die EU zu verlassen, sieht es nicht danach aus, als würde es künftig schneller gehen. „Globale Regeln sind wichtig“, räumt Gabriel ein, „aber sie sind ein dickes Brett.“

Die beiden Minister sind sich derweil einig, dass Entwicklungspolitik und Außenwirtschaftspolitik sich wechselseitig unterstützen können. Ihre neue Initiative soll in Afrika zeigen, wie das geht.

Theresa Kringinger

The screenshot shows the Mobisol website. At the top, there is a navigation bar with the Mobisol logo and links for PRODUCTS, IMPACT, AKADEMIE, CAREER, MEDIA, NEWS, PARTNERS, CONTACT, and LOCATIONS. Below the navigation bar is a large image of a woman, Beatrice Akyon, with a testimonial: "I am proud to own my personal electricity source. At night, my family now has clean and bright lights - and we can even power a refrigerator." Below the image, it says "Beatrice Akyon, Mobisol Customer since Feb 2011".

Below the testimonial is a section titled "Mobisol – plug in the world!" with a sub-header "Latest News". The news items are:

- Dec 12, 2016 IFC and FMO Invest in Mobisol IFC, a member of the World Bank Group, and FMO, the Dutch development bank, have invested in Mobisol to deliver renewable energy solutions to off-grid communities...
- Nov 25, 2016 Mobisol donates solar power to Tanzanian school Mobisol has donated a high-quality 200Wp solar systems to Mjengo Primary School in

Die Berliner Firma Mobisol produziert solartechnische Geräte für afrikanische Märkte.

Kampf gegen Polio trotz Boko Haram

Kinder spielen Fußball in den Lagern, in denen im nigerianischen Bundesstaat Borno Binnenvertriebene leben. Jedes Kind, das mitläuft, bezeugt einen Erfolg: Es ist Polio entkommen. In dieser konfliktgebeutelten Region sind wieder Fälle von Kinderlähmung aufgetreten. E-Health Africa (eHA), ein Hilfswerk aus den USA, unterstützt den Kampf gegen diese Infektionskrankheit.

Die Terrormiliz Boko Haram ist hier seit einigen Jahren aktiv; die Bevölkerung leidet unter Entführungen, Bomben und Gewalt. In Borno allein leben Schätzungen zufolge ein bis zwei Millionen Binnenvertriebene. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) spricht von einer humanitären Krise in Nigerias Nordosten. Mangelernährung ist verbreitet, und der Anteil der Kinder, deren Wachstum beeinträchtigt ist, wird auf bis zu 30 Prozent geschätzt.

Die Übertragung des Poliovirus schien 2015 in Nigeria gestoppt worden zu sein. Da die Sicherheitslage im Nordosten besser geworden ist, sind aber nun manche Gegenden wieder zugänglich geworden, die wegen des Gewaltkonflikts nicht mehr erreichbar gewesen waren, und seit August wurden vier neue Fälle mit wildem Poliovirus gemeldet. Das ist ein herber Rückschlag im Kampf gegen die Krankheit.

Viele halten Polio heute für eine entfernte Gefahr aus vergangener Zeit. Die Salk-Impfung wurde 1954 eingeführt, und einige Jahre später gab es die Sabin-Schluckimpfung, die massenhaft verwendet werden konnte. Seit Indien 2014 für virusfrei erklärt werden konnte, gilt Polio nur noch in drei Ländern – darunter Nigeria – als endemisch.

Vor der aktuellen Krise hat es auch in Nigeria deutliche Fortschritte gegeben. 2012 wurden noch 122 Fälle gemeldet, 2014 nur noch sechs Fälle und 2015 gar keine mehr. Die neuen Fälle zeigen aber, dass weiterhin gehandelt werden muss.

Polio hat eine hohe Übertragungsrate, aber nur 0,5 Prozent der Betroffenen erleiden irreversible Lähmungen. Bei kleinen Kindern und Menschen mit schwachen Immunsystemen ist das Risiko besonders hoch.

eHA unterstützt die nigerianischen Behörden bei Datenerhebung und geographischer Analyse. Das Ziel der Immunisierungskampagne ist, jedes Kind unter fünf Jahren zu impfen und Herdenimmunität zu erreichen. Impfteams gehen in regelmäßigen Zeitintervallen von Haus zu Haus. Dafür müssen sie aber auch jedes Haus finden. Schlechte Straßen, migrantische Hirtengemeinschaften und hohe Geburtenraten machen es schwer, wirklich jedes Kind zu impfen.

eHA nutzt Satellitenbilder und betreibt Recherchen vor Ort. Mit Mobiltelefonen und Tabletcomputern ausgerü-

stete Mitarbeiter sammeln Felddaten, um den Kontext zu klären. Sie liefern Informationen und Geopositions-Daten mit Blick auf Ortsnamen, Gesundheitseinrichtungen und andere relevante Dinge. Die Impfteams nutzen die Landkarten, die so erstellt werden. Besonders schwierig ist es, die Binnenvertriebenen zu erreichen. Jedes Kind braucht vier Impfungen, und das erweist sich als schwierig, wenn Familien fliehen müssen.

Nigeria hat schnell und entschlossen auf die neuen Poliomeldungen reagiert. Die Regierung ergreift neue Strategien, um sicherzustellen, dass alle Kinder geimpft werden. Trotz des Wütens von Boko Haram kommt Borno im Kampf gegen Polio voran – und wird dabei von der Global Polio Eradication Initiative unterstützt, zu der eHA und andere Partner gehören.

Anu Parvatiyar, e-Health Africa



Impfen ist wichtig – besonders in konfliktgebeutelten Regionen wie Borno.

Wie Frauen ums Überleben kämpfen

Immer mehr Frauen aus Syrien sind allein mit ihren Kindern auf der Flucht vor Krieg und Gewalt. Dabei sind sie neuen Gefahren und Herausforderungen ausgesetzt, so eine aktuelle Studie der Hilfsorganisation CARE.

Die Frauen fliehen vor Krieg und Gewalt aus ihrer Heimat und wollen sich und ihre Kinder in Sicherheit bringen. Doch auf der Flucht widerfahren ihnen häufig erneut Gewalt und sexuelle Übergriffe. Zudem sind sie abhängig von Schmugglern und Menschenhändlern. Viele Frauen sind allein auf der Flucht, weil Väter und andere männliche Familienangehörige im Bürgerkrieg kämpfen oder umgekommen sind oder weil sich diese bereits vor ihnen auf die ungewisse und gefährliche Flucht nach Europa aufgemacht haben.

Im Juni 2016 waren der CARE-Studie „On her own“ zufolge allein in der MENA-Region einschließlich der Türkei rund 4,8 Millionen syrische Flüchtlinge unterwegs, etwa die Hälfte davon Frauen. Die Hilfsorganisation weist darauf hin, dass viele dieser Frauen durch den Zerfall der Familien vor völlig neuen Herausforderungen stünden und mit Aufgaben konfrontiert seien, die nicht mehr ihrem traditionellen Rollenmodell entsprechen. Dies führe wiederum zu Konflikten und Gewalt innerhalb der Familien.

Durch die Abwesenheit männlicher Familienangehöriger würden Frauen

in die Rolle des Haushaltsvorstands gedrängt und müssten zunehmend Verantwortung auch außerhalb der Familie übernehmen – Aufgaben, die traditionell den Männern zufielen. Frauen hätten aber, bedingt durch ihre traditionelle Rolle, wenig Kontakt zur Außenwelt und somit auch weniger Zugang zu Informationen als Männer – Informationen, die sie aber dringend brauchten, um die richtigen Entscheidungen für sich und ihre Familien treffen zu können. So fand beispielsweise eine UN-Studie über Flüchtlinge im Balkan heraus, dass die meisten männlichen Flüchtlinge im Besitz von Mobiltelefonen waren und sich so über Hilfsnetzwerke, Flüchtlingspolitik oder geänderte Routen informieren konnten. Frauen hätten diese Möglichkeiten meist nicht und seien häufiger mit Sprachbarrieren konfrontiert.

Laut Recherchen von CARE in Jordanien steigt die Anzahl der syrischen Flüchtlingsfamilien, bei denen Frauen den Haushaltsvorstand stellen, immer weiter. Waren vor einigen Jahren noch 25 Prozent der Haushalte von Frauen geführt, seien es im Juni 2016 schon 40 Prozent gewesen. In Griechenland sei dies nach Angaben von CARE sogar schon bei der Hälfte aller syrischen Flüchtlingsfamilien der Fall.

Neben zunehmender Gewalt, Bedrohungen und sexuellen Übergriffen seien immer mehr syrische Flüchtlingsfrauen und ihre Familien von akuter Armut bedroht. Während vor zwei Jahren noch

50 Prozent der Frauen angaben, genug zu essen zu haben, seien es laut CARE jetzt nur noch 15 Prozent. Untersuchungen der Hilfsorganisation aus diesem Jahr haben ergeben, dass vier von fünf syrischen Flüchtlingen in Jordanien unterhalb der Armutsgrenze leben. Oftmals wurde das ganze Familieneinkommen aufgewendet, um einem Mitglied die weitere Flucht zu finanzieren, in der Hoffnung, dass die Familien nachkommen können. Viele Flüchtlingsfamilien seien inzwischen hoch verschuldet, so die Studie. Mit der zunehmenden Verschlechterung der Lebensbedingungen für Flüchtlinge steige aber auch der Druck auf die Frauen. Diese sähen oftmals keinen anderen Ausweg, als ihren Körper zu verkaufen, um ihr eigenes und das Überleben ihrer Kinder zu sichern. In Jordanien werde bereits jedes zehnte syrische Mädchen viel zu früh verheiratet, weil ihre Mütter sie nicht mehr versorgen könnten, warnt CARE.

Viele syrische Flüchtlingsfrauen leiden der Studie zufolge unter Traumata. Zu der Angst vor Krieg und Gewalt, denen sie gerade entkommen sind, komme nun der tägliche Kampf ums Überleben hinzu. Gewalt, sexuelle Übergriffe, das endlose Warten, der Verlust der Würde und die Perspektivlosigkeit führten zu immer mehr Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung, bilanziert die Studie.

CARE fordert daher Regierungen und globale Institutionen dazu auf, mehr Unterstützung für Flüchtlingsfrauen bereitzustellen und ihre besonderen Bedürfnisse zu beachten. Es müssten außerdem legale und sichere Fluchtwege für Frauen und Kinder geschaffen werden. Eine Flucht vor dem Krieg in Syrien dürfe nicht bedeuten, dass an seine Stelle sexualisierte Gewalt, Menschenhandel und Missbrauch trete, fordert die Hilfsorganisation. *Dagmar Wolf*



Zu der Angst vor Krieg und Gewalt kommt der tägliche Kampf ums Überleben: Syrische Flüchtlingsfrau im Diavata UNHCR-Flüchtlingscamp im Norden Griechenlands.

Link

CARE, 2016: On her own. How women forced to flee Syria are shouldering increased responsibility as they struggle to survive. http://www.care-international.org/files/files/CARE_On-Her-Own_refugee-media-report_Sept-2016.pdf

Ein problematischer Verbündeter

Saudi-Arabien ist ein wichtiger, wenn auch umstrittener Wirtschaftspartner des Westens. Sebastian Sons, Saudi-Arabien-Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, beschreibt in seinem neuen Buch faktenreich und spannend, wie das Land tickt, wo die politischen Probleme liegen und wie der Westen mit ihm umgehen sollte.

Saudi-Arabien galt für den Westen jahrzehntlang als Stabilitätsanker im Mittleren Osten. Diese Rolle gerät jedoch ins Wanken, beschreibt Sons. Saudi-Arabien ist in die vielen Konflikte der Region in oft undurchsichtiger Weise verstrickt, was unser Misstrauen gegenüber dem Land verstärkt. Die Lebensweise der Saudis, geprägt durch ein erzkonservatives Islamverständnis, ist dem Westen fremd und wirkt archaisch. Der sunnitische Wahhabismus reglementiert das Leben in der Monarchie, die zugleich Gottesstaat ist, bis ins kleinste Detail.

Dabei bleibt uns aber verborgen, dass sich in der saudischen Gesellschaft seit einigen Jahren ein fundamentaler Wandel vollzieht, meint der Autor: Die Jugend, die zwei Drittel der Bevölkerung ausmacht, will Veränderung und sich aus dem engen Korsett der strengen Regeln befreien. Sie lotet in den sozialen Medien wie Facebook und WhatsApp die Grenzen aus. Wer jedoch Kritik am Königshaus oder am Klerus übt, überschreitet eine rote Linie und es drohen drakonische Strafen.

Nicht nur im Inneren, sondern vor allem von außen sieht sich das saudische Herrscherhaus seit der arabischen Revolution 2011 massiv bedroht. Mit dem Sturz der Diktatoren Zine el-Abidine Ben Ali in Tunesien und vor allem mit Hosni Mubarak in Ägypten verlor Saudi-Arabien seine wichtigsten Bündnispartner und musste den Aufstieg der verhassten Muslimbrüder mit ansehen. Die Muslimbrüder sind den Wahhabiten ideologisch ähnlich, doch sind sie republikanisch und somit antimonarchisch geprägt. Ägyptens Mubarak hatte die Muslimbrüder jahrzehntlang im saudischen Sinne bekämpft und war vom großen Bündnispartner mit finanziellen Hilfen und Investitionen reichlich belohnt worden.

Als der Muslimbruder Mohammed Mursi 2012 in Ägypten ins Amt gewählt wurde, stellten die Saudis alle finanziellen Hilfen für Ägypten ein. Der Putsch des ägyptischen Militärs gegen Mursi soll laut Sons „direkt vom saudischen Königshaus vorbereitet worden sein“. Viele halten den neuen Machthaber am Nil, General Abdel Fattah al-Sisi, deswegen auch für eine saudische Marionette.

Dass mit Syrien, dem Irak und dem Jemen die gesamte Region in die Krise gestürzt ist, dafür trägt in den Augen Saudi-Arabiens vor allem der ewige Rivale Iran Schuld. Sons' Meinung nach führen die Saudis in Syrien und dem Jemen einen blutigen Krieg um die Vormachtstellung mit dem schiitischen Iran. Ihre Rolle im Bezug auf die Terrormiliz ISIS ist dabei zwiespältig. Zu Beginn des Syrienkriegs unterstützten sie die Dschihadisten gegen den syrischen Herrscher und Iran-Verbündeten Baschar al-Assad. Doch dann wendete sich

senshaftler. Die Saudis führen einen brutalen und vernichtenden Luftkrieg gegen die iranischen Verbündeten, die Huthis, der die jemenitische Bevölkerung in eine humanitäre Katastrophe stürzte, bilanziert Sons.

Wie soll und kann der Westen mit einem derartigen Partner umgehen? Sebastian Sons widmet dieser Frage ein ganzes Kapitel und gibt im Anschluss seine Strategieempfehlungen. Er stellt klar, dass die komplizierte „Zweckehe“ zwischen dem Westen und dem Ölstaat wirtschaftliche Interessen hat. Der Autor plädiert für eine „andere Politik“ Deutschlands gegenüber Saudi-Arabien und fordert eine „kohärente Strategie“. Zuerst gehe es darum, gemeinsame Interessen zu definieren wie etwa Stabilität im Mittleren Osten oder die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Diese sollte Deutschland intensivieren, anderswo aber eindeutig Position beziehen. Sons fordert etwa den diplomatischen Druck auf Saudi-



Tradition und Moderne: Kontrollcenter einer Ö raffinerie in der Stadt Dhahran in Saudi-Arabien.

die Terrormiliz auch gegen Saudi-Arabien, woraufhin sich die Monarchie der internationalen Anti-ISIS-Allianz anschloss. Für Sons gehört ISIS zum Hauptprofiteur des saudisch-iranischen Rivalitätskampfes, der sich durch das entstandene Machtvakuum ungehindert ausbreiten konnte.

Besonders fatal wirkt sich der Macht-kampf im Jemen aus, beschreibt der Wis-

Arabien wegen seiner Menschenrechtsverletzungen zu erhöhen. Dazu gehöre es Waffenlieferungen einzustellen. Zudem müsse sich Deutschland für politische Reformen und eine Annäherung an den Iran stark machen.

Sabine Balk

Literatur

Sons, S., 2016: Auf Sand gebaut. Saudi-Arabien – ein problematischer Verbündeter, Propyläen-Verlag.

Warum Inklusion sich auszahlt

Ein neues Fachbuch der Christoffel-Blindenmission (CBM) belegt, dass inklusive Entwicklungsarbeit auch wirtschaftlich Sinn macht. Und es nimmt die politischen Akteure in die Pflicht.

Können Regierungen es sich leisten, Frauen und Männer, Mädchen und Jungen mit Behinderungen weiterhin auszuschließen? Die Antwort lautet: nein. Denn die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen bietet einen Nutzen für die gesamte Gesellschaft – auch in den ärmsten Ländern der Welt. Das gehört zu den Grundüberzeugungen der Christoffel-Blindenmission. Und es ist gleichzeitig die Kernbotschaft ihrer neuesten Veröffentlichung „Inklusion – ein Gewinn für alle. Warum sich inklusive Entwicklungszusammenarbeit lohnt“. Das Fachbuch stützt sich auf Forschungsergebnisse der London School of Hygiene & Tropical Medicine und wird um viele konkrete Beispiele aus der Praxis der CBM ergänzt.

Die Publikation zeigt, dass Investitionen in Inklusion auch ökonomisch Sinn macht. Menschen mit Behinderungen, die finanziell ein unabhängiges Leben führen, verursachen geringere Kosten für die Gemeinschaft und tragen selber

Das Fachbuch schafft erstmals eine solide Datengrundlage, um den bisher nur in der Theorie angenommenen Kreislauf von Behinderung und Armut zu untermauern. Menschen mit Behinderungen gehören nämlich oft zu den Ärmsten der Gesellschaft, sie werden häufig aus wichtigen Lebensbereichen ausgeschlossen. Das gilt vor allem in Entwicklungsländern. Zwar ist die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in der UN-Behindertenrechtskonvention eindeutig als Menschenrecht festgeschrieben. Nach wie vor aber hält sich hartnäckig die Auffassung, inklusive Entwicklung sei in einkommensschwachen Ländern ebenso schwer umzusetzen, wie zu finanzieren.

Ursachen und Kosten von Exklusion

Die Publikation stellt diese Auffassung in Frage. Sie erklärt, welche Kosten durch Ausgrenzung für die Betroffenen selbst, für ihre Familien und für die gesamte Gesellschaft entstehen. Dabei spielen in einigen Ländern auch einstellungsbedingte Barrieren eine Rolle: Behinderungen werden in manchen Kulturkreisen als Bestrafung für eine Sünde gesehen. Das hält viele Familien davon ab, für ihre Angehörigen

das in der Regel auch eine Ausgrenzung im Arbeitsleben nach sich. Dadurch wird ein Entrinnen aus der Armutsfalle immer schwieriger, und die Kosten der Exklusion vervielfachen sich. Umgekehrt haben die Betroffenen, die Bildung und Ausbildung erhalten, bessere Chancen auf eine Beschäftigung, ein höheres Einkommen und eine nachhaltigere Lebenssicherung.

Erst ausgegrenzt, dann Arbeitgeber

Wie sich Inklusion auch für andere auszahlt, erzählt das Buch unter anderem am Beispiel von Someon Otieno aus Kenia. Dass er als Kind Polio hatte und seitdem gehbehindert ist, hat den 48-Jährigen aus Mombasa nicht davon abgehalten, seine Geschäftsidee umzusetzen. Niemand wollte ihm einen Kredit geben, außer ein lokaler CBM-Partner. Heute blickt Otieno stolz auf seinen eigenen Laden für Haushaltswaren. Damit versorgt er nicht nur seine siebenköpfige Familie, sondern bietet auch 13 Mitarbeitern ein Auskommen.

Sein Schicksal ist nur eines von vielen Beispielen in dem Buch. Zudem geben CBM-Mitarbeiter Einblicke in ihre Projektarbeit. Sie erzählen etwa, wie sie der Auffassung entgegenwirken, Menschen mit Behinderungen seien nicht kreditwürdig. So konnte Kenias größte Bank, die Equity Bank, für ein Programm gewonnen werden, das Menschen mit Behinderungen als gleichberechtigte Kunden gewinnen will. Damit leistet die Bank einen wichtigen Beitrag dazu, dass solche Programme sich auch bei anderen Finanzinstituten etablieren.

Trotz dieser Erfolgsgeschichten ist Inklusion in vielen Regionen keine Selbstverständlichkeit. Die CBM appelliert vor allem an die Regierungen und an deren Pflicht, für Chancengleichheit Sorge zu tragen. Denn bei Inklusion und Teilhabe geht es nicht um Mitleid, sondern um Gerechtigkeit und ökonomischen Nutzen. *Esther Dopheide, CBM*

Link

CBM, 2016: Inklusion – ein Gewinn für alle. Warum sich inklusive Entwicklungszusammenarbeit lohnt.

<http://www.cbm.de/fachpublikationen>



Der gehbehinderte Someon Otieno aus Kenia ist heute ein erfolgreicher Geschäftsinhaber.

zur wirtschaftlichen Entwicklung bei. Sie beanspruchen ihre Familien weniger; daher haben auch die Angehörigen mehr Zeit, einem Beruf nachzugehen. Das kann die Steuereinnahmen und vor allem das Bruttosozialprodukt steigern – in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen sogar um bis zu sieben Prozent.

medizinische Hilfe oder eine Schulbildung in Anspruch zu nehmen. Gleichzeitig fehlt es häufig an politischem Willen. In einigen Regionen der Welt haben die Betroffenen kaum Zugang zu Gesundheitsdiensten, Schulen, öffentlichem Transport, geschweige denn zu Jobs. Wird Menschen mit Behinderungen Bildung verwehrt, zieht

Heutzutage: Gefängnishölle

In einem malawischen Gefängnis inhaftiert zu sein, löst psychische Störungen aus. So urteilt jedenfalls die Gefängnisaufsicht des Landes. Schätzungsweise 1400 Mordverdächtige warten seit 2006 auf ihre Gerichtsverhandlung und sitzen in überfüllten Zellen ohne richtige Luftzufuhr.

Die Gefängnisaufsicht soll die Lebensbedingungen, Administration und generelle Funktionsfähigkeit der Gefängnisse überwachen und dabei internationale Standards beachten. In einem Bericht vom August dieses Jahres weist die Behörde darauf hin, dass viele Inhaftierte jahrelang hinter Gittern sitzen, ohne je vor Gericht zu kommen. Das löst intensiven Stress aus. Je länger sie ohne Verhandlung im

Gefängnis sitzen, desto höher wird die Wahrscheinlichkeit, dass sie „mentale Probleme entwickeln, weil sie nicht wissen, was die Zukunft bringt“.

Dem Bericht zufolge sind unzureichende Nahrungsversorgung, Bestechung und sogar Folter häufig. Etwa 14 000 Häftlinge sitzen in Malawis Gefängnissen; die meisten von ihnen zeigen Symptome der Unterernährung. Viele leiden an Tuberkulose oder sind HIV-positiv; andere haben Krätze.

Die Aufsichtsbehörde beanstandet, dass die Häftlinge oder deren Angehörige jemanden bestechen müssen, um überhaupt eine Gerichtsverhandlung zu bekommen. Das Geld geht entweder an Polizisten, Richter oder Gefängniswärter.



Der Kommunikationsbeauftragte des Malawi Prisons Service, Smart Malior, äußerte sich nicht zu den Vorwürfen. Der Pressesprecher des Gerichtswesens, Mlenga Mvula, sagte der Presse jedoch, dass es mehrere Gründe für die Verzögerung der Gerichtstermine gebe – unter anderem die unzureichende Finanzausstattung der Justiz.

Die Menschenrechtsorganisation Centre for Human Rights and Rehabilitation (CHRR) erklärt, es sei gesetzeswidrig, wenn Gerichte Fälle nicht bearbeiten. Es bedeute, dass gegen die Rechte der Gefängnisinsassen verstoßen werde und die Justiz nicht mehr funktioniere.

Victor Mhango vom Centre for Human Rights Education, Advice

and Assistance (CHREA) urteilt, Bestechung und Korruption seien „im malawischen Justizsystem an der Tagesordnung“. Reformen im Rechtswesen hätten bisher keine Ergebnisse gebracht.

Die malawische Strafjustiz funktioniert nicht: Häftlinge bekommen zu wenig zu essen, und die meisten müssen über zehn Jahre warten, um vor Gericht gebracht zu werden. Mit anderen Worten: Gefängnisse in Malawi sind eine Hölle auf Erden.

Links

Centre for Human Rights and Rehabilitation (CHRR):
<http://chrrmw.org/>

Centre for Human Rights Education, Advice and Assistance (CHREA):
<http://chreaa.org/>

In der Kolumne „Heutzutage“ erzählen Korrespondenten aus Entwicklungsländern vom Alltag in ihrer Heimat.

Raphael Mweninguwe
ist Journalist und lebt in Malawi.

raphael.mweninguwe@hotmail.com



Impressum

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit
58. Jg. 2017
Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.
ISSN 2366-7249

Herausgeberin:
ENGAGEMENT GLOBAL
Service für Entwicklungsinitiativen



E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis,

Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsreiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
<http://www.engagement-global.de>

Beirat:
Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Prof. Dr. Dirk Messner, Petra Pinzler, Hugh Williamson

Verlag:
Frankfurter Societäts-Medien GmbH

Geschäftsführer:
Oliver Rohloff

Anschrift von Verlag und Redaktion:
Frankenallee 71-81
D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

Redaktion:
Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Katja Dombrowski, Sabine Balk, Sheila Mysorekar, Eva-Maria Verfürth, Dagmar Wolf (Assistenz)
Tel. (0 69) 75 01-43 66,
Fax (0 69) 75 01-48 55,
euz.editor@fs-medien.de

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die Frankfurter Societät GmbH.

Grafik und Layout: Jan Walter Hofmann

Übersetzung:
Eleonore von Bothmer, Carola Torti

Anzeigen, Abonnements und Vertrieb:
Klaus Hofmann (verantwortlich)
Tel. (0 69) 75 01-48 27
Fax (0 69) 75 01-45 02
zeitschriftenvertrieb@fs-medien.de

Druck:
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4-6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Der auszugsweise oder vollständige Nachdruck der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und in D+C Development and Cooperation veröffentlichten Beiträge ist mit Quellangaben gestattet. Wir bitten jedoch um Übersendung von jeweils zwei Belegexemplaren. Diese pauschale Genehmigung bezieht sich nicht auf die im Blatt verwendeten Fotografien.

Bezugpreise für Druckausgabe:
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.



Jugendliche in Dakar.

Jugend braucht Chancen



Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind riesige Probleme in vielen Entwicklungsländern. Junge Menschen schmieden gern große Pläne, aber es mangelt vielfach an guten Bildungs- und Berufschancen. Folglich sind Wut und das Gefühl, ausgegrenzt zu sein, verbreitet. Wenn alle Arbeit finden, beflügelt ein hoher Anteil von Jugendlichen an der Bevölkerung die Wirtschaft. Andernfalls kann er sich als Fluch erweisen – mit den Folgen von Kriminalität, politischer Instabilität, Migration und religiösem Fanatismus.

Hoffnung und Arbeit

Palästinensische Flüchtlinge werden teils auch nach Jahrzehnten im Libanon nicht gleichberechtigt behandelt. Besonders die jungen Leute leiden unter Perspektivlosigkeit und Diskriminierung. Eine Nichtregierungsorganisation (NGO) bietet jungen Palästinensern eine praxisorientierte Berufsausbildung.

Von Mona Naggar

→ Isra, Hussain und Kholoud machen eine Ausbildung zum Buchhalter und Büromanager. Sie besuchen Kurse in Marketing, Buchhaltung, Büromanagement, Tippen auf Arabisch und Englisch. Die Ausbildung dauert zehn Monate; anschließend steht ein Praktikum an. Die jungen Leute gehören zu 33 Palästinensern, die bei der Organisation Youth for Development (YFD) einen zehnmonatigen Kurs besuchen. Die Ausbildung ist praxisorientiert und soll die Absolventen schnell in den Arbeitsmarkt integrieren. Die drei Schüler hoffen, dass sie nächsten Sommer, wenn sie ihren Abschluss in der Hand haben, einen Arbeitsplatz bekommen. Die Chancen stehen nicht schlecht. Ungefähr zwei Drittel der YFD-Abgänger finden einen Job.

Youth for Development ist 2008 von Palästinensern, die im Bildungsbereich aktiv waren, gegründet worden. YFD setzt die Arbeit der norwegischen Organisation Norwegian People's Aid (NPA) fort. NPA hat sich seit Mitte der 80er Jahre im Bereich berufliche Bildung bei Palästinensern im Libanon engagiert und diese Arbeit später an lokale Organisationen übertragen. Mohammad Kassem, Direktor des YFD, ist seit Beginn an dabei. Er erklärt, dass die NGO Jugendliche und junge Menschen aus schwierigen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen eine Ausbildung gibt: „Wir sehen uns als Schnelleingreifprogramm, um junge Menschen zu einem sicheren Ufer zu führen.“ Die Organisation kümmere sich nicht nur um die Ausbildung, sondern helfe auch

Isra und Kholoud sind zwei junge Palästinenserinnen im Libanon, die bei Youth for Development eine Berufsausbildung machen.



Naggar

danach bei der Arbeitssuche und übe Bewerbungsgespräche.

Über ehemalige Absolventen, die nun im Berufsleben stehen, unterhält YFD engen Kontakt zum Arbeitsmarkt und kann so auch Jobs vermitteln. Außer Buchhaltung und Büromanagement bietet YFD eine Ausbildung zum Sozialarbeiter an und eine Sekretariatsausbildung für Jugendliche, die die Schule bis zur 9. Klasse besucht haben. Bei den Ausbildungsgängen der YFD, die größtenteils kostenlos sind, geht es nicht nur um Fachwissen und Praxis. Die NGO arbeitet mit den Jugendlichen auch daran, ihr Selbstbewusstsein zu stärken und ihre Persönlichkeit zu entfalten.

Isra, Hussain und Kholoud sind exemplarisch für viele junge Palästinenser im Libanon. Hussain Sughayyir hat, wie viele seiner Mitschüler, das Abitur nicht gemacht. Warum, erklärt der 20-Jährige: „Wenn ich die Schule besuche und mir Mühe gebe, weiß ich nicht, ob ich später etwas damit anfangen kann oder nicht. So denken viele und sehen nicht ein, warum sie die Schule abschließen sollten. Manche müssen schon früh arbeiten gehen.“

Hussain lebt in Sabra, einem armen Stadtteil im Süden von Beirut, wo viele Palästinenser zu Hause sind. Isra erzählt von ihrem Mann, der in der 9. Klasse die Schule abgebrochen hat, um zum Lebensunterhalt seiner Familie beizutragen. Kholoud ergänzt: „Auch wenn der Vater und die Mutter arbeiten gehen, heißt das nicht, dass die Kinder ihre Schulausbildung abschließen können.“ Kholoud und Isra hatten mehr Glück als Hussein. Beide haben das Abitur gemacht. Isra hat bereits mehrere Ausbildungen hinter sich. Die 23-Jährige hat Interior Design und Grafikdesign studiert, aber lange erfolglos nach einer Arbeit gesucht. Die 21-jährige Kholoud hat angefangen, BWL zu stu-

dieren, jedoch wegen der hohen Kosten der Universität nach einem Jahr aufgegeben.

Die beiden Palästinenserinnen sind frustriert und wütend auf die libanesische Gesellschaft. Trotz gleicher Qualifikation haben sie nicht die gleichen Chancen wie Libanesen. Bei der Arbeitssuche werden sie diskriminiert. Und wenn sie eine Arbeit bekämen, dann sei die Bezahlung niedriger als für Libanesen, klagen sie. Die Frauen leben in Borj Al-Barajneh, eines der drei Palästinenserlager in Beirut. Sie und ihre Eltern sind Nachfahren der Menschen, die bei der Staatgründung Israels und während der Kriege 1948 und 1967 ihr Land verlassen mussten und im Libanon Zuflucht fanden. Viele Palästinenser leben in den Lagern von damals, die sich in den vergangenen Jahrzehnten zu Stadtteilen – oft auch zu Slums – entwickelt haben.

Fehlende Bürgerrechte

Es ist nicht leicht für junge Palästinenser im Libanon, zuversichtlich in die Zukunft zu schauen und ihren Platz in der libanesischen Gesellschaft zu finden. Von der Wirtschaftskrise und der hohen Jugendarbeitslosigkeit im Land sind zwar alle betroffen – nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation ILO liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei etwa 35 Prozent. Aber den Palästinensern verwehrt der Staat auch noch viele Bürgerrechte, obwohl sie seit Generationen im Libanon leben.

Palästinensische Kinder sind von staatlichen libanesischen Schulen ausgeschlossen. Bei der staatlichen Universität werden sie wie Ausländer behandelt und unterliegen einer Quote. Viele Berufe, besonders die besser qualifizierten, dürfen sie nicht ausüben.



Palästinenser im Libanon

Zuständig für die Bildung und Gesundheitsversorgung der Palästinenser im Libanon ist die UNRWA (United Nations relief and works agency for palestine refugees in the near east). Nach Angaben der UNRWA leben im Libanon 422 000 registrierte palästinensische Flüchtlinge. Das entspricht etwa zehn Prozent der Bevölkerung. Allerdings gehen Schätzungen davon aus, dass die Zahl niedriger liegt, da viele Flüchtlinge nach Europa und in die Länder des Arabischen Golfs auswandern. Dreißig Prozent der Palästinenser sind jünger als 18 Jahre.

Lange galten die Palästinenser im Libanon als die am besten ausgebildete Bevölke-

rungsgruppe in der gesamten Region. Die Folgen des libanesischen Bürgerkrieges (1975–1990), diskriminierende Gesetze und die Finanzprobleme der UNRWA führten in den letzten Jahrzehnten zu einer starken sozialen und wirtschaftlichen Marginalisierung. UNICEF gibt an, dass 96 Prozent der sechs- bis elfjährigen Jungen und Mädchen eine Schule besuchen. Bei den Zwölf- bis 14-Jährigen sind es noch 63 Prozent, bei den 15- bis 17-Jährigen nur noch 40 Prozent. Viele Jugendliche gehen arbeiten statt zur Schule.

Mehr Mädchen als Jungs besuchen Schulen. Je höher die Stufe, desto größer die

Kluft. 42,9 Prozent der Jungs und 59,2 Prozent der Mädchen besuchen die Sekundarschule. Auch bei mittlerer Reife und Abitur liegen die Mädchen zahlenmäßig vorne. Grund ist die hohe Zahl an männlichen Schulabbrechern. Die Situation der Mädchen hängt stark vom familiären Umfeld ab. Isra sagt, dass sie stets von ihren Eltern unterstützt wurde. Ihre Cousinen dagegen wurden bereits mit 16 verheiratet, nachdem ihre Leistungen in der Schule nachgelassen hatten. Kholoud fügt hinzu, dass immer mehr Eltern Wert auf die Ausbildung der Töchter legen und die Einstellung sich langsam durchsetze, dass Wissen ein hilfreiches Instrument in den Händen der Mädchen sei.

Hussain Sughayyir hat die Schule ohne Abitur verlassen, macht aber jetzt auch eine Ausbildung bei Youth for Development.



Nagggar



Mona Nagggar

ist Journalistin und lebt in Beirut.
mona.nagggar@googlemail.com

Eigentum zu erwerben ist ihnen verboten. Die staatliche Sozial- und Krankenversicherung bleiben ihnen weitgehend verschlossen. Mit dieser Politik versuchen libanesische Regierungen seit Jahrzehnten das sogenannte Tawtin, die feste Ansiedlung der Palästinenser im Libanon, zu verhindern. Die Folge dieser Diskriminierung ist sozialer Abstieg und Armut. Die ILO hat in einer Studie 2012 festgestellt, dass die Hälfte der Palästinenser im Libanon nicht mehr als 333 Dollar monatlich verdienen.

Salem Dieb, stellvertretender Leiter des Bereichs Bildung bei der UN-Organisation für Palästinenser UNRWA in Beirut, sagt, dass die schwierigen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse sich zwangsläufig auf die Bildung auswirken: „Wir müssen unsere Kinder zum Arbeiten schicken, sonst können wir nicht überleben, sagen Eltern in den Flüchtlingslagern, die ihre Kinder von der Schule nehmen. Jungs werden zum Arbeiten geschickt, Mädchen ebenfalls, und manchmal auch früh verheiratet.“

Dieb ist überzeugt davon, dass die Berufsbildung, die Jungen und Mädchen ab der 9. Klasse offensteht, eine Möglichkeit ist, den Teufelskreis aus mangelnder Bildung und Armut zu durchbrechen. Sie komme den Bedürfnissen der jungen Palästinenser entgegen, schnell zum familiären Unterhalt beitragen zu müs-

sen. Auch die UNRWA engagiert sich in der Berufsbildung. Sie betreibt zwei Berufsschulen, eine im Norden und eine im Süden des Libanons mit ungefähr 1000 Schülern.

Isra, Kholoud und Hussain sind optimistisch, dass sie nach ihrem Abschluss bei YFD bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Wenn das doch nicht klappen sollte, überlegen sie auszuwandern. „Im Ausland wird man danach beurteilt, was man kann und gelernt hat, nicht nach dem Ausweis des palästinensischen Flüchtlings, der einem hier die Türen versperrt“, meinen sie. ←

Links

Youth for Development:

<http://www.yford.org/>

UNRWA:

<http://www.unrwa.org/>

Survey on the socioeconomic status of Palestine refugees:

http://www.unrwa.org/sites/default/files/content/resources/survey_on_the_economic_status_of_palestine_refugees_in_lebanon_2015.pdf

The situation of Palestinian children in the occupied Palestinian Territory, Jordan, Syria and Lebanon:

https://www.unicef.org/opt/PALESTINIAN_SITAN-final.pdf

Palestinian employment in Lebanon:

http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---arabstates/---ro-beirut/documents/publication/wcms_236502.pdf

Ungebrochener Wille zur Veränderung

Anfang 2011 gab es einen Hoffnungsschimmer: Junge Menschen in Ägypten und anderen arabischen Ländern revoltierten im arabischen Frühling gegen die bestehenden Verhältnisse und forderten Veränderungen. Es schien, als würde alles besser werden. Sechs Jahre später ist die Stimmung in Ägypten jedoch düster.

Von **Basma EL-Mahdy**

➔ 2011 gingen junge Ägypter auf die Straße und stürzten schließlich Präsident Hosni Mubarak, der das Land drei Jahrzehnte lang autokratisch regiert hatte. Die junge Generation galt als „Hauptakteur“ in dieser weitgehend gewaltlosen Revolution. Die Aktivisten glaubten, Demokratie würde die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung verbessern und Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit wären passé. Am 28. Februar 2011 feierte das Time Magazin in der Cover-Geschichte „Die Generation, die die Welt verändert“.

Das war damals. Heute sind die Menschen bedrückt statt euphorisch – und ökonomisch fühlt sich die junge Generation weiterhin benachteiligt.

Nach einer Übergangszeit wurden 2012 Wahlen in Ägypten abgehalten. Mohammed Mursi, der Kandidat der Muslimbruderschaft, wurde der erste gewählte Präsident des Landes. Er schaffte es nicht, die wirtschaftliche Lage zu verbessern, schien aber sehr bemüht, den Einfluss seiner Partei zu stärken. Im Sommer 2013 wurde er – ein Jahr nach Amtsantritt – bei einem Militärputsch entmachtet.

Der neue Präsident des Landes ist Abdel-Fattah al-Sisi, der General, der den Putsch angeführt hatte. Später wurde al-Sisi im Amt bestätigt – bei Wahlen, die weder frei noch gerecht waren, denn die Muslimbruderschaft wurde verboten. Bei früheren Wahlen war sie die stärkste politische Kraft im Land gewesen, das Militär hält sie aber für eine terroristische Organisation. Al-Sisi ging von Anfang an repressiv vor. Mittlerweile schränkt er die Freiheit der Bürger mehr ein, als Mubarak es tat.

Diejenigen, die 2011 auf die Straße gegangen sind, unterstützen weder die Muslimbruderschaft noch das Militär. Was sie wollten, haben Sie nicht erreicht: eine freie Gesellschaft, in der jeder eine Chance hat.

Al-Sisi möchte die junge Generation für sich gewinnen. Er erklärte 2016 zum „Jahr der ägyptischen

Jugend“ und versprach, verschiedene Programme zur Verbesserung von Bildung und wirtschaftlichen Perspektiven zu starten. Diese Ankündigung fiel mit der Einführung der so genannten Knowledge Bank zusammen, einem staatlichen Projekt, das freien Zugang zu pädagogischen Online-Angeboten anbietet. Normalerweise kosten diese satte Abo-Gebühren.

Am 25. Januar 2016, am fünften Jahrestag des ersten Protesttags von 2011, verhaftete die Polizei junge Menschen.

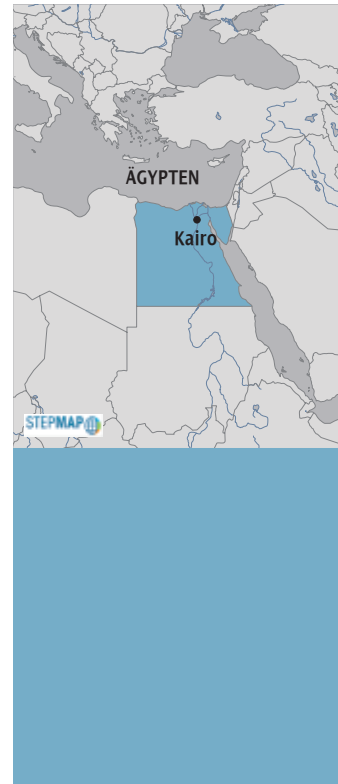
Im vergangenen Jahr startete al-Sisi auch das Presidential Leadership Programme (PLP), das „Tausenden von Jugendlichen ihre Reise zu Führungsstärke und die Erwerbstätigkeit“ ermöglichen soll. Der offiziellen Website zufolge werden die Teilnehmer in folgenden drei Themenbereichen unterrichtet:

- Politik und nationale Sicherheit,
- öffentliche Verwaltung und Unternehmertum und
- Sozialwissenschaften und Staatsführung.

Die erste nationale Jugendkonferenz

Im Oktober beaufsichtigte das Büro des Präsidenten die erste nationale Jugendkonferenz Ägyptens in Sharm El-Sheikh. 3000 junge Menschen kamen für drei Tage in der Touristenhochburg zusammen und diskutierten mit Experten aus verschiedenen Bereichen politische, wirtschaftliche und sonstige Fragen. Die Veranstaltung war an das PLP gekoppelt.

Viele junge Menschen im Land interessierten sich nicht für diese Veranstaltung oder weigerten sich sogar, daran teilzunehmen. Noor Mohamad etwa war eingeladen, wollte aber nicht mitmachen. Sie sei „nicht an offiziellen Jugendaktivitäten interessiert“, sagt die 23-Jährige. Sie hat einen Bachelor in englischer Literatur und arbeitet seit anderthalb Jahren im Privatsektor. Die Staatsrhetorik zur Führerschaft



der Jugend sieht sie als leeres Gerede, da das Bildungssystem die Studenten nicht auf die Anforderungen des Marktes vorbereite.

„Mit Konferenzen ist es nicht getan, wenn man jungen Menschen helfen will“, sagt Fatima Abdallah. Die 26-jährige aus Alexandria, der zweitgrößten Stadt Ägyptens, ist Angestellte im öffentlichen Dienst: „Wir brauchen Taten, nicht Worte.“ Für sie war die Konferenz eine reine Propaganda-Veranstaltung.

Mariam Abdelaziz sieht das genauso. Die 23-jährige Grafikerin aus Kairo erzählt, sie habe von der Jugendkonferenz gehört, aber die Berichterstattung darüber nicht mitverfolgt. Für Propaganda interessiert sie sich nicht, dafür aber für die unfreiwillig Verschwundenen. Laut Amnesty International sind Hunderte von Bürgern „verschwunden“ – die Regierung aber schweigt dazu.

Wie viele andere würde Mariam Abdelaziz Ägypten gern verlassen: „Ich bin nur ein temporärer Gast in meinem Land, dem Land ohne Hoffnung.“ Für sie war

„die Revolution ein Weckruf“, ihr Interesse an Politik aber sei „in den letzten Jahren sehr zurückgegangen“. Sie ist allen dankbar, die etwas verändern wollten, betont aber, dass das Leben härter werde.

Nicht alle jungen Leute, die die aktuelle Situation unerträglich finden, befürworteten die Revolution. Ayshe Hassan, eine 21-jährige Studentin, schätzte das Gefühl der Stabilität und Sicherheit während des Mubarak-Regimes. Dennoch ist sie die offiziellen Versprechungen, die nicht gehalten werden, leid. Die jungen Menschen leiden unter dem Status quo, weil ihnen die Perspektive fehlt, sagt sie. Zu viele „sterben beim Versuch, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen“.

Während viele junge Menschen nicht an die guten Absichten der Regierung glauben, gibt es doch solche, die den Präsidenten unterstützen. Ahmed Abo Sinah besuchte die Jugendkonferenz als Vertreter des Jugendkomitees der Arabischen Liga. Er lobt al-Sisis Auftreten in Sharm el-Sheikh: „Ich konnte mich fünf Tage lang von der fantastischen Arbeit überzeugen.“ Er empfand die Diskussionen über Gesetze, Proteste,

Junge Revolutionäre im
Jahr 2011.

Frauen wollen Karriere machen

Offiziell ist die Arbeitslosenquote in Ägypten in diesem Jahr auf 13,2 Prozent gestiegen. Tatsächlich ist die Lage jedoch weit drastischer, denn wer informell arbeitet, um über die Runden zu kommen, gilt nicht als arbeitslos. Viele junge Menschen verschieben ihre Hochzeit, weil sie kein ausreichendes Einkommen haben.

Fatima Abdallah, eine junge Frau aus Alexandria, die im öffentlichen Dienst arbeitet, sagt: „Es ist nicht einfach, einen Job zu bekommen – und gezahlt wird nur der Mindestlohn. In dieser Situation ist es schwie-

rig, eine Familie zu gründen.“ Sie erzählt, dass viele ihrer Bekannten Jobsorgen haben und ihre Hochzeit verschieben. Mariam Abdelaziz aus Kairo stimmt zu: „Angesichts der Wirtschaftskrise ist es derzeit zweifellos eine der härtesten Entscheidungen, zu heiraten.“

Zudem sind viele junge Frauen, die einen Job haben, nicht bereit, diesen aufzugeben. Sie wollen weiter arbeiten und Geld verdienen. Noor Mohamad zum Beispiel sagt, dass sie bei dem privatwirtschaftlichen Unternehmen bliebe, bei dem sie angestellt ist, selbst wenn sie einen Millionär heiraten würde. „Die traditionelle Familie, wo die Frauen zu Hause bleiben, passt nicht mehr zu der sozialen und wirtschaftlichen Realität“, betont sie. Angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise schätzt sie ihre finanzielle Unabhängigkeit mehr denn je.

Auch für Ayshe Hassan steht der Job an erster Stelle: „Ich bin eine unabhängige Frau, die ihre Arbeit liebt“. Allerdings lasse sich in der Tourismusbranche, in der sie arbeitet, immer schlechter Karriere machen.



Mohamed Omar/picture-alliance/dpa



Anti-Mubarak-Demonstration auf dem Tahrir-Platz in Kairo im Februar 2011.

soziale Angelegenheiten und religiösen Diskurs wertvoll.

Mostafa Barakat, der die Veranstaltung in Sharm El-Sheikh mitorganisiert hat, stimmt dem zu: „Wir haben eine echte Zeit des Pluralismus und der Redefreiheit erlebt.“ Er sagt, dass viele junge Regierungskritiker nicht verhaftet wurden.

Als ein Ergebnis der Konferenz versprach die Regierung, alle nichtverurteilten inhaftierten Jugendlichen freizulassen. Das war aber nicht das erste Versprechen dieser Art. Eine Oppositionskampagne stellte im Internet gleich die Frage: „Wo sind die jungen Leute?“ Abo Sinah zufolge war diese Kampagne jedoch nicht auf der Höhe der Zeit und gab aktuelle Entwicklungen nicht wieder. Tatsache ist aber: Viele junge Menschen sind noch immer inhaftiert und von den meisten Verschwundenen gibt es keine Spur.

Vor sechs Jahren betonte das Time-Magazin, dass junge Menschen Internet und soziale Medien nutzten, um den Wandel zu organisieren und dafür zu kämp-

fen. Heute sind sie kaum noch hilfreich. Als Unterstützer der Muslimbruderschaft im November 2015 über soziale Medien versuchten, Menschen für Proteste zu mobilisieren, reagierte kaum jemand darauf.

Auch die wirtschaftliche Lage ist schwieriger geworden. Als der Regierung im Herbst die ausländischen Devisen ausgingen, musste sie eine feste Wechselkursanbindung aufgeben. Andernfalls hätte der Internationale Währungsfonds (IWF) dem Land einen dringend benötigten Kredit über zwölf Milliarden Dollar nicht gewährt. Das ägyptische Pfund verlor dadurch an Wert, Importwaren wurden teurer, und die Inflation schwächte die Kaufkraft der Bevölkerung.

Die Uhr lässt sich nicht zurückdrehen. Die jungen Menschen haben eine andere Lebenseinstellung. Sie haben momentan zwar kaum Spielraum für politisches Handeln, sind aber nicht glücklich mit der aktuellen Situation. Insbesondere junge Frauen sind sich ihrer neuen Chancen bewusst (siehe Kasten, S. 18). Einige hoffen, dass ihre Generation die Welt doch noch verändern kann. ←



Basma El-Mahdy

ist eine auf Menschenrechtsthemen spezialisierte Printjournalistin. Sie kommt aus Kairo und studiert derzeit in Dänemark. Die Namen der Personen, die sich in diesem Beitrag kritisch über die ägyptische Regierung geäußert haben, wurden geändert. basmaelmahdy@gmail.com

ILO warnt vor Trend „arm trotz Arbeit“

Junge Menschen in Arbeit zu bringen ist essenziell für nachhaltiges und inklusives Wachstum. 15- bis 24-Jährige stellen mehr als 15 Prozent der Arbeitskräfte weltweit. Die Jugendarbeitslosigkeit steigt jedoch nach mehreren Jahren mit sinkenden Raten wieder an. Auch die Qualität der Arbeit ist ein Problem, vor allem in Schwellen- und Entwicklungsländern.

2016 stieg die weltweite Jugendarbeitslosigkeit vorläufigen Berechnungen zufolge auf 13,1 Prozent, während es 2015 noch 12,9 Prozent waren. Das geht aus dem World Employment and Social Outlook for Youth 2016 der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hervor. In absoluten Zahlen sind das 71 Millionen junge Menschen, die gerne arbeiten würden, aber keinen Job haben. Die Autoren erwarten für 2017 die gleichen Werte. Der Hauptgrund für die schlechte Lage ist die Weltwirtschaft: In Entwicklungsländern ist das Wirtschaftswachstum auf dem niedrigsten Stand seit 2003, und wichtige Schwellenländer wie Argentinien, Brasilien und Russland befinden sich in der Rezession.

Dem ILO-Bericht zufolge sind die Herausforderungen des Arbeitsmarkts jedoch noch viel größer, als aus diesen Zahlen hervorgeht: Viele junge Menschen, vor allem in Entwicklungsländern, arbeiten zwar, verdienen aber zu wenig, um davon leben zu können. 2016 lebten 37,7 Prozent der arbeitenden jungen Frauen und Männer in extremer Armut (nach der Definition der Weltbank von weniger als 1,90 Dollar pro Tag und Person) oder in mäßiger Armut (von 1,90 bis 3,10 Dollar pro Tag).

Außerdem bremst die Ungleichbehandlung von Frauen und Männern laut dem Bericht den sozialen Fortschritt. 2016 betrug der Anteil junger Frauen am Arbeitsmarkt nur 37,3 Prozent, während es bei den jungen Männern 53,9 Prozent waren. Diese Kluft zwischen den Geschlechtern ist in den vergangenen 16 Jahren nur um 1,2 Prozentpunkte geschrumpft. Dementsprechend ist auch die globale Arbeitslosenquote von Frauen höher als die von Männern. In Süd-Asien, den arabischen Ländern und Nordafrika sind Frauen und Mädchen besonders benachteiligt.

Aufgrund schlechter Aussichten in ihren Heimatländern streben Millionen junger Menschen auf der Suche nach besseren Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten ins Ausland. Den ILO-Zahlen zufolge gab es 2015 51 Millionen internationale Migranten im Alter von 15 bis 29 Jahren. Darüber hinaus war jeder Fünfte in dieser Altersgruppe gewillt, dauerhaft in ein anderes Land zu ziehen. Die meisten von ihnen stammen aus Afrika südlich der Sahara oder Lateinamerika und der Karibik.

Die Autoren sehen die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung als möglichen Ausweg an. Das von der internationalen Gemeinschaft beschlossene Dokument mit den Sustainable Development Goals „stellt eine einmalige Möglichkeit dar, Jugendpolitik in umfassende Strategien zur nachhaltigen Entwicklung zu integrieren“, heißt es in dem Bericht. Er verweist zudem auf die Erklärung der ILO über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung, anhand deren nationale Strategien zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit und für Gerechtigkeit und angemessene Arbeit erarbeitet werden könnten. Die Erklärung fordert verlässliche Institutionen, damit die Wirtschaft wachsen kann, soziale Sicherung und die Einhaltung von Arbeitsstandards. Aus Sicht der ILO ist eine höhere Jugendbeschäftigung gleichbedeutend mit sozialer Gerechtigkeit. Der im Jahr 2012 verabschiedete ILO Call for Action in Youth Employment behandelt wichtige Herausforderungen wie Arbeitslosigkeit, schlechte Arbeitsbedingungen und Chancengleichheit.

Katja Dombrowski

Links

World Employment and Social Outlook for Youth 2016:

http://www.ilo.org/global/research/global-reports/youth/2016/WCMS_513739/lang--en/index.htm

Erklärung der ILO über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung:

http://www.ilo.org/berlin/publikationen-und-forschung/schl%C3%BCsseldokumente/WCMS_100192/lang--de/index.htm

The Youth Employment Crisis: A Call for Action.

http://ilo.org/ilc/ILCSessions/101stSession/texts-adopted/WCMS_185950/lang--en/index.htm

Textilfabriken schaffen
Beschäftigung für junge
Frauen wie hier im
Dorf Kitteh in
Nordjordanien.



Raad Adawi/epicture-alliance/AP Photo

Triumph der Jugend

2014 hat ein Volksaufstand in Burkina Faso der Herrschaft von Präsident Blaise Compaoré ein Ende gesetzt. Er war 27 Jahre lang an der Macht. Der Drang zum politischen Wandel ging von der Zivilgesellschaft aus, vor allem von der Jugend des Landes. Einer der Hauptgründe war ihre hohe Arbeitslosigkeit – ein Problem, das jedoch weiterhin besteht.

Von Boukari Ouoba

➔ Ende Oktober 2014 gehörte Ouagadougou dem Volk. Hunderttausende marschierten über die Hauptverkehrsadern der burkinischen Hauptstadt, in der Mehrheit junge Menschen. Sie wollten endlich Blaise Compaoré loswerden, der sich anschickte, zum wiederholten Male die Verfassung zu ändern, um an der Macht zu bleiben.

Bereits 1997 hatte sein Regime den Artikel geändert, der die Amtszeiten des Staatsoberhauptes auf zwei aufeinanderfolgende beschränkte. 2000 musste es diese Regelung jedoch wieder einführen. Mit politischen und rechnerischen Tricks hielt sich Compaoré, der 1987 nach dem Putsch gegen seinen Vorgänger Thomas Sankara an die Macht gekommen war, 27 Jahre lang an der Staatsspitze. Der einstige sozialistische Revolutionär Sankara war 1983 selbst durch einen Staatsstreich des Militärs an die Macht gelangt. Compaorés Amtszeit wäre 2015 laut Verfassung endgültig zu Ende gewesen.

Die Abstimmung im Parlament über die Verfassungsänderung war für den 30. Oktober geplant. Doch nach den massiven Volksprotesten entmachtete das Militär an diesem Tag die Regierung und löste das Parlament auf. Tags darauf trat Compaoré zurück; wenig später flüchtete er außer Landes.

Der Aufstand gegen die Regierung war nicht über Nacht entstanden. Im Volk herrschte große Unzufriedenheit wegen extrem hoher Arbeitslosigkeit, Korruption und schlechter Regierungsführung. Seit 2013 hatten sich NGOs gegen eine weitere Amtszeit Compaorés gebildet, darunter Balai citoyen, Collectif anti référendum (CAR), Mouvement du 21 juin (M21), Ça Suffit, Ligue des jeunes und Mouvement Brassard Noir (MBN).

Die Jugend des Landes glaubte fest daran, dass sich ihr politisches Schicksal auf der Straße entscheiden würde. Von den neu gegründeten NGOs spielte



Demonstration in Ouagadougou am 29. Oktober 2014 gegen die von Präsident Compaoré angestrebte Verfassungsänderung, um an der Macht zu bleiben.



Dimtalba/picture-alliance/AA

Balai citoyen mit ihren Ikonen, den Musikern und Aktivisten Sams’K Le Jah und Smockey, die wichtigste Rolle. Zu ihr gehörten Juristen, Ökonomen, Journalisten und vor allem Studenten von der Universität von Ouagadougou.

Der Grundstein für Balai citoyen wurde am 13. Mai 2013 auf dem Campus gelegt. In Reaktion auf die Diskussion über die geplante Verfassungsänderung schufen Studenten einen Debattierzirkel mit dem Titel „Deux heures pour nous deux heures pour l’Afrique“ (Zwei Stunden für uns, zwei Stunden für Afrika), aus dem die NGO hervorging. Die Gruppe traf sich von montags bis freitags zwischen 13 und 15 Uhr, in der zweistündigen Mittagspause, um über ein aktuelles politisches oder soziales Thema zu diskutieren.

„Nach einer Woche kamen bereits um die 250 Menschen. Der Debattierzirkel war ein Ventil für die Studenten“, erinnert sich Serges Bayala, einer der Gründer und Mitglied von Balai citoyen. Die Zahl nahm schnell zu und beunruhigte die Universitätsverwaltung. Bald musste die Gruppe, die sich anfangs in der Mensa getroffen hatte, ins Freie umziehen. Das tat ihrem Zulauf aber keinen Abbruch. Die Universitätsleitung machte keinen Hehl aus ihrer Angst, auf dem Campus könne eine politische Vereinigung entstehen – was laut Bayala genau das Ziel des Zwei-Stunden-Zirkels war: „Die Studenten waren an der aktuellen Diskussion interessiert, und es galt, einen Weg zu finden, um sie für den politischen Kampf zu gewinnen.“

Aufstand formiert sich an Universitäten

Auch an anderen Universitäten des Landes formierte sich Widerstand, ebenso wie in zahlreichen NGOs, die von jungen Leuten gegründet oder getragen wurden. Es entstand eine neue Generation zivilgesellschaftlicher Organisationen, die vorher vor allem in Gewerkschaften bestanden hatten.

Balai citoyen richtete Clubs in vielen Stadtvierteln und auch in kleineren Städten Burkina Fasos ein. Nach dem Beschluss im Oktober 2014, den Protest auf die Straße zu tragen und am Tag der Abstimmung über die Verfassungsänderung vor der Nationalversammlung zu demonstrieren, zogen Mobilisierungskarawanen durch die Straßen Ouagadougous. Mitglieder von Mouvement Brassard Noir und anderen Organisationen suchten zudem Abgeordnete zu Hause auf und riefen sie dazu auf, dem Gesetz nicht zuzustimmen und „das Volk nicht zu verraten“. In Bobo-Dioulasso, der zweitgrößten Stadt des Landes, gab es auch eine aktive NGO-Szene. Neben Balai citoyen spielte Ligue des jeunes dort eine große Rolle.

Zum Erfolg der Bewegung trug bei, dass die NGO-Szene sich erfolgreich mit dem Bündnis politischer oppositioneller Parteien CFOP verbündet hat. Wäh-

rend die zivilgesellschaftlichen Organisationen die Bürger mobilisierten, organisierte CFOP große Versammlungen, an denen Politiker und NGO-Vertreter teilnahmen. Die erste fand am 29. Juni 2013 statt, und dort hatte auch Balai citoyen seinen ersten Auftritt.

Ziviler Ungehorsam

Ohne die starke Mobilisierung auf verschiedenen Ebenen wäre der mächtige Volksaufstand, der zum Sturz Compaorés führte, unmöglich gewesen. Schon vor der Massendemonstration am 30. Oktober 2014 campierten junge Menschen auf dem Platz der Revolution in Ouagadougou und widersetzten sich den Sicherheitskräften. NGOs und CFOP hatten zum zivilen Ungehorsam aufgerufen. Als Balai-citoyen-Ikone Sams’K Le Jah mit Matratze und Teekessel erschien, stand für die Demonstranten fest, dass sie nicht mehr weichen würden.

Als CFOP-Chef Zéphirin Diabré in seiner Rede am 28. Oktober auf dem Platz der Revolution das Ende der Versammlung ausrief, protestierte die Menge. Sie wollte weitermachen bis zum Sieg. „Der Kampf gehört dem Volk, und das Volk kann damit machen, was es will“, gab Diabré zurück. In der Nacht kam es zu Straßenschlachten.

Der Sturz des Compaoré-Regimes ist der Triumph der Jugend. Ihre Idole sind Thomas Sankara und der Journalist Norbert Zongo, dessen Ermordung aus politischen Gründen 1998 zu einem Zusammenschluss von Gewerkschaften und politischer Opposition führte.

Serges Bayala erhielt – neben anderen Gallionsfiguren des Aufstands – von der Übergangsregierung einen Orden für seine Verdienste. Seit Ende 2015 amtiert Präsident Roch Marc Kaboré (s. E+Z/D+C e-Paper 2016/01, S. 5), der Teilen der ehemaligen Widerstandsbewegung nahesteht. Er setzte sich gegen CFOP-Chef Zéphirin Diabré durch.

Die Probleme des Landes sind damit jedoch nicht gelöst. Vor allem für den Mangel an Arbeitsplätzen, einen der Hauptgründe des Volksaufstands, zeichnen sich auch unter der neuen Regierung keine nachhaltigen Lösungen ab. Straflosigkeit ist nach wie vor ein Problem, ebenso die politische Einflussnahme auf die öffentliche Verwaltung und die clanartige Verteilung von Macht.

Einige der NGOs, die am Aufstand 2014 maßgeblich beteiligt waren, kämpfen daher weiter: für einen wirklichen Wandel und wahre Demokratie. Balai citoyen und acht weitere Organisationen haben sich zur Coalition Ditanyè zusammengeschlossen, die nach der Nationalhymne benannt ist. Zwei Jahre nach dem Volksaufstand, im Oktober 2016, erklärte diese: „Der Kampf fängt gerade erst an.“



Boukari Ouoba

ist Journalist bei der burkinischen Zeitung Mutations und Generalsekretär des burkinischen Journalistenverbands Association des Journalistes du Burkina (AJB).
ouobari@yahoo.fr

Programmierte afrikanische Katastrophen

In Entwicklungsländern können sich arme Menschen Arbeitslosigkeit nicht leisten. Sie müssen Geld verdienen – egal, wie prekär ihre Jobs auch sein mögen –, weil die soziale Sicherung schwach oder nicht existent ist. Im informellen Sektor werden Menschen massenhaft ausgebeutet. Sie sind unterbeschäftigt, weil sie nicht angemessen bezahlt werden und international anerkannte Arbeitnehmerrechte für sie nicht gelten.

Entsprechend ist Arbeitslosigkeit in Afrika ein Phänomen der gebildeten, städtischen Mittelschichtsjugend. Sie verbindet mit den Unterbeschäftigten aber, dass sie keine Chance haben, sich selbst eine erstrebenswerte Zukunft zu schaffen. Auch ihnen mangelt es an sicheren Einkommen. Auch sie fühlen sich marginalisiert.

Die Strukturanpassungen, die der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die Gebergemeinschaft Afrika in den 1980er und 90er Jahren auferlegten, haben zu mehr informeller Beschäftigung und Arbeitslosigkeit geführt. Viele Angestellte im öffentlichen Sektor wurden entlassen. Danach stellen die Behörden keine neuen Leute mehr ein. Die formale Beschäftigung blieb schwach. In den vergangenen Jahren gab es zwar beachtliches Wachstum, aber gute Stellen entstanden nicht. Von den Jobs, die in Senegal in den Jahren 2001 bis 2010 – dem wachstumsstärksten Jahrzehnt seit der Kolonialherrschaft – geschaffen wurden, waren 99 Prozent informell.

Perspektivlosigkeit verursacht Frustration und Wut. Jugendliche sind besonders betroffen. Sie machen in vielen Ländern mehr als 60 Prozent der Bevölkerung aus. Strukturanpassungen haben geholfen, Militär- und Ein-Parteien-Regime zu überwinden, denn ent-

täuschte Menschen wollten Wandel. Das zeigte sich auch im arabischen Frühling. In Tunesien, Ägypten und anderen arabischen Ländern fühlen sich viele Jugendliche aber immer noch ausgegrenzt. Es ist ein Riesenproblem, dass die Wirtschaftspolitik gewählter Regierungen in jungen Mehr-Parteien-Demokratien nicht mehr und bessere Arbeitsplätze gebracht hat.

Leider reagieren afrikanische Jugendliche nicht nur mit demokratischem Engagement auf Perspektivlosigkeit. Verbreitet sind auch Migration – einschließlich der irregulären Abwanderung nach Europa – sowie Kriminalität und religiöser Fanatismus.

Verbrechen sind in Gesellschaften, die große Ungleichheit auszeichnet, besonders verbreitet. Wo es wenig reguläre Arbeitsplätze gibt, ist die Kluft zwischen den wenigen Gutsituierten und den Massen der Armen riesig. Das lässt Kriminalität vom kleinen Diebstahl bis hin zum Mord gedeihen. Derzeit steigen die Verbrechenarten überall in Afrika. So passen sich Menschen an ungerechte Gesellschaften an – und zu den Profiteuren gehören durchaus auch Wohlhabende.

Die kulturellen und politischen Prinzipien, auf denen afrikanische Staaten derzeit beruhen, stellt dagegen in Frage, wer sich religiösem Extremismus zuwendet. Militante Fundamentalisten behaupten, das herrschende System müsse mit Gewalt gestürzt und eine neue Ordnung nach Maßgabe von Glaubensdoktrinen geschaffen werden. Mörderische Terroranschläge plagten viele Länder – unter anderen Nigeria, Niger, Tschad, Mali, Libyen, Somalia und Kenia.

Nur ein kleiner Teil der afrikanischen Jugend fühlt sich bislang von religiösem Fanatismus angezogen. Dennoch scheinen dessen gewalttätige Milizen zu wachsen. Zweifellos profitieren sie vom weit verbreiteten Gefühl der Verzweiflung.

Auf sich gestellt, bekommen Polizei und Militär weder Kriminalität noch Terrorismus in den Griff. Strategisch wichtig sind Erfolge bezüglich Bildung und Arbeitsmarkt. Afrikas Regierungen müssen dafür sorgen, dass junge Menschen gut ausgebildet werden und reguläre Beschäftigung finden. In 41 Ländern südlich der Sahara wird sich die Zahl der erwerbsfähigen Personen bis 2050 verdoppeln. Erschwerend kommt hinzu, dass die Technikentwicklung menschliche Arbeit tendenziell überflüssig macht.

Afrika braucht ein neues Paradigma, damit ökonomische Chancen für seine Jugend entstehen. Gelingt das nicht, lautet die Konsequenz: mehr Unruhe, mehr Abwanderung, mehr Kriminalität und mehr religiöser Extremismus.

Nur ein kleiner Teil der afrikanischen Jugend fühlt sich von religiösem Fanatismus angezogen, doch dessen gewalttätige Milizen scheinen zu wachsen: Al-Shabab-Kämpfer in Somalia 2008.



Ndongo Samba Sylla

ist Programm- und Forschungsmanager im Westafrika-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Dakar.

n.sylla@rosalux.sn



picture-alliance/dpa

#FeesMustFall

22 Jahre nach dem Ende der Apartheid recken Studenten wieder ihre Fäuste zum Protest. Heute kämpfen sie für eine kostenlose und entkolonialisierte Bildung.

An der Universität Kapstadt ist die Statue von Cecil Rhodes, dem britischen Kolonialisten, gefallen. Unter dem Hashtag #RhodesMustFall hatten sich Studenten in den sozialen Netzwerken für die Entfernung der Statue eingesetzt und ihr Ziel im April 2015 erreicht. Einige Monate später kündigten die Universitäten eine Anhebung der Studiengebühren um mehr als zehn Prozent an – und lösten damit massive Proteste aus. Sie richten sich gegen Gebühren, gegen die Studieninhalte und gegen die institutionelle Kultur an den Universitäten.

Die Studenten beklagen, dass die Gebühren für Menschen aus einfachen Verhältnissen unbezahlbar sind. Ein Jahr eines Bachelor-Studiums kostet umgerechnet 2000 bis 3000 Euro. Die Gebühren vergrößern die sozialen Ungleichheiten. Nur 12 Prozent der Schwarzen und 14 Prozent der sogenannten Coloureds (Farbigen) beginnen ein Universitätsstudium, während es bei den indischstämmigen Südafrikanern 51 Prozent und bei den Weißen 58 Prozent sind. Schwarze machen 80 Prozent der Bevölkerung aus, Weiße nur 8,4 Prozent. In den Vierteln, in denen überwiegend Schwarze leben, sind die Schulen meist schlechter ausgestattet.

Die meisten schwarzen Familien haben keinen Zugang zu einer akademischen Ausbildung. Laut einer aktuellen Studie machen nur sechs von hundert eingeschulten Schwarzen einen Universitätsabschluss. 60 Prozent derjenigen, die einen höheren Bildungsweg einschlagen, kommen aus dem wohlhabenden Drittel der südafrikanischen Gymnasien, die dank hoher Gebühren gut ausgestattet sind. Gut die Hälfte der Südafrikaner verdient weniger als die 240 Euro monatlich, die derzeit als Lebensminimum veranschlagt werden.

Dennoch schaffen es einige Schüler aus armen Familien an die Universitäten. Um die Studiengebühren bezahlen zu können, sind sie auf staatliche Unterstützung angewiesen. Die Zuschüsse aus dem National Student Financial Aid Scheme (NSFAS) werden gestaffelt nach Einkommen vergeben. Doch sie reichen nicht aus, um den Bedarf zu decken. Zudem fällt die „übersehene Mitte“ durch das Netz: Das Einkommen der Eltern ist zu hoch, um Unterstützung zu beantragen, und zu niedrig, um ein Studium zu finanzieren.

Unter dem Hashtag #FeesMustFall machen sich Studenten in sozialen Netzwerken für ein gebührenfreies Studium stark. Sie argumentieren, dass Bildung

ein Gemeingut sei, das vom Staat finanziert werden und allen Bürgern offenstehen müsse. Die andere Seite hält dagegen, dass höhere Bildung ein Privileg sei, und stellt die Machbarkeit in Frage. Aus Sicht der Aktivisten ist die Abschaffung der Studiengebühren allein eine Frage des politischen Willens.

Außer den Gebühren kritisiert die Studentenbewegung die eurozentrische Ausrichtung der Stundenpläne. Inspiriert von Anti-Apartheid-Kämpfern wie Steve Biko fordern die Hochschüler die Dekolonisierung der Universitäten. Im Kern geht es darum, wie Wissen produziert wird, wer Zugang zu Wissen hat und wer entscheidet, welches Wissen gültig und wertvoll ist. Dekolonisierung bedeutet das Ablegen ungleicher Kategorien des Menschseins, einschließlich rassifizierter Identitäten. Südafrika braucht Begriffe, die inklusiv und befreiend für alle sind.

Die Studenten kritisieren auch, dass nach wie vor die meisten Lehrkräfte an den Universitäten weiß sind. Sie möchten, dass die Inhalte in die Lebenswirklichkeit Südafrikas passen und der schwarzen Bevölkerungsmehrheit gerecht werden. Die südafrikanischen Universitäten sollten ein Spiegelbild der Gesellschaft sein und afrikanische Sprachen unterrichten, nicht nur Englisch und Afrikaans. Auch Genderthemen wie die Belästigung von Studentinnen spielen eine Rolle.

Die Studentenbewegung beunruhigt die ANC-Regierung. Präsident Jacob Zuma kämpft gegen Korruptionsvorwürfe und seine Partei ist gespalten. Der ANC muss sich der Tatsache stellen, dass er eine Mitverantwortung für die Unzufriedenheit der Studenten trägt. Der Regierung ist es nicht gelungen, die Chancen für die Mehrheit der Südafrikaner zu verbessern.

Im September 2016 kündigte Hochschulminister Blade Nzimande eine weitere Erhöhung der Studiengebühren an. Die Studenten schlossen daraufhin die Universitäten. Großaufgebote von privaten Sicherheitsdiensten und Polizei wurden eingesetzt, der Unterricht wurde schließlich wiederaufgenommen. Die Regierung setzte eine Kommission ein, die sich mit den Forderungen der Bewegung #FeesMustFall beschäftigt. Doch das Problem wird bleiben.



Die Statue des Kolonialisten Cecil Rhodes wurde im April 2015 von der Universität Kapstadt entfernt.



Majaletje Mathume
ist ein südafrikanischer Student und Aktivist.
majaletjet@gmail.com



Samsom/picture alliance/africamediaonline

U-förmige Verteilung

Viele junge indische Frauen haben ehrgeizige Berufsziele, und ihre Vorbilder haben in diversen Bereichen viel erreicht. Trotzdem erfüllen sich viele Wünsche nicht. Arbeitslosigkeit ist in Indiens Städten unter Frauen weiter verbreitet als unter Männern, und auf dem Land gibt es kaum Arbeitsmöglichkeiten.

Von Roli Mahajan

➔ An einem Morgen im Herbst in Neu-Delhi verlassen Frauen der Altersgruppe 18 bis 35 ein Hostel. Manche gehen zu den nahe gelegenen Universitäten, andere eilen zur U-Bahn-Station oder versuchen eine Autoriksha zu erwischen, um rechtzeitig zur Arbeit zu kommen.

In dem Hostel, von denen es viele in Indiens Städten gibt, leben ausschließlich Frauen, die ein Karriereziel verfolgen. Dass junge Frauen ihr Elternhaus aus einem anderen Grund als der Heirat verlassen, ist neu, aber weit verbreitet.

Yashika ist eine der Hostelbewohnerinnen in Neu-Delhi. Ihre Mutter ist Hausfrau, ihr Vater Geschäftsmann in Hanumangarh, einem kleinen Distrikt im Nachbarbundesstaat Rajasthan. Yashika wollte Kunst studieren und hat in Hanumangarh keine Möglichkeiten dafür gesehen. Sie konnte ihre Eltern dazu überreden, sie an der Kunsthochschule in Delhi studieren zu lassen. Yashika weiß noch nicht, was sie nach ihrem Abschluss machen will, sieht aber zwei Möglichkeiten: „Ich werde versuchen, ein Stipendium für ein weiterführendes Studium im Ausland zu bekommen. Oder ich arbeite für irgendeine Werbeagentur in Mumbai.“

Auch Shailesh ist vom Land in die Stadt gezogen. Heute arbeitet sie als Wissenschaftlerin beim staatlichen Wetterdienst. „Zurzeit arbeite ich an dem meteorologischen Projekt INSAT-3D“, sagt sie. Darüber will sie ihre Doktorarbeit schreiben. Danach würde auch sie Indien am liebsten verlassen. Ihr Traum ist ein Job bei der Japan Agency for Marine-Earth Science and Technology.

Yashika und Shailesh gehören zu den jungen Frauen mit hohen beruflichen Zielen. Die Frage ist, ob sie diese auch erreichen. In einigen Bereichen sieht es tatsächlich gut aus. Beispielsweise sind heute in Indien fast 12 Prozent der Piloten Frauen, während es weltweit nur drei Prozent sind. Auch an der Spitze der wichtigsten privaten und öffentlichen Banken Indiens stehen Frauen. In Wissenschaft und Technik, Ingenieurwesen und Mathematik beschäftigen indische Firmen einen größeren Frauenanteil als US-amerikanische.

Diese Zahlen sind ermutigend, bilden aber nur einen Teil der Wirklichkeit ab. Nach Angaben der internationalen Arbeitsorganisation ILO gehört die indische Frauenerwerbsquote zu den niedrigsten weltweit. In Südasien liegt Indien nur vor Pakistan und Afghanistan und damit auf dem sechsten von acht Plätzen. Den Ambitionen vieler Frauen wird also offenbar keine Rechnung getragen. Tatsächlich ist die Arbeitslosenquote von in der Stadt lebenden Akademikerinnen am höchsten.

Aus dem Kelly Global Workforce Index geht hervor, dass indische Frauen häufig in der Mitte ihrer Laufbahn aufgrund der Doppelbelastung ihren Job aufgeben. Dies rührt daher, dass sowohl Männer als auch Frauen Familie und Haushalt vor allem als Frauensache ansehen. Die 30-jährige Mansi, die in Kolkata lebt, war leitende Angestellte in einer IT-Firma, hörte aber auf zu arbeiten, als ihr Baby kam. Viele arbeitende Paare bekommen heute nur ein Kind, aber es ist immer noch üblich, dass die Frau dann zu Hause bleibt.

Die meisten jungen Inder – Frauen und Männer – wollen heutzutage arbeiten und sozial aufsteigen. 2020 wird der durchschnittliche Inder voraussichtlich 29 Jahre alt sein und in der Stadt leben. Zurzeit ist rund ein Drittel der urbanen Bevölkerung unter 35 Jahre alt. Auch wenn die Wirtschaft weltweit schwächelt, gehen internationale Ökonomen davon aus, dass Indien vergleichsweise gut dastehen wird. In den vergangenen Jahren lag das Wachstum bei um die sieben Prozent.

Wachstum bedeutet zumeist, dass mehr Menschen arbeiten – auch Frauen. Doch in Indien fiel die Frauenerwerbsquote zwischen 2004 und 2010 auf dem Land von 33,3 auf 26,5 Prozent und in den Städten von 17,8 auf 14,6 Prozent. Laut ILO liegt das zum einen daran, dass mehr Frauen Bildung genießen, und zum anderen an gestiegenen Einkommen für Männer. Gleichzeitig mangelt es an Arbeitsplätzen für höher Qualifizierte. Das trifft zwar beide Geschlechter, doch Frauen haben häufiger Schwierigkeiten, einen Job zu finden.

Gut ausgebildete städtische junge Leute streben in den formellen Sektor. Offiziellen Zahlen zufolge liegt





Graham/picture.alliance/robertharding

Junge Inderinnen lernen fleißig in der Hoffnung, viel zu erreichen.

die Arbeitslosenquote von Frauen zwischen 15 und 59 Jahren bei 16 Prozent – gegenüber nur neun Prozent bei Männern. Für Frauen ist es demnach schwieriger, einen angemessenen Job zu finden. Die Beratungsfirma Mercer International hat herausgefunden, dass junge Frauen 40 Prozent der Berufseinsteiger im formellen Sektor ausmachen, aber nur zu 20 Prozent im mittleren Management und zu zehn Prozent in der Führungsebene vertreten sind.

Andererseits ist der Anteil von Mädchen, die die Schule besuchen, dank der Arbeit der Regierung in den vergangenen Jahrzehnten stark angestiegen. Das gilt sowohl für Grund- als auch für weiterführende Schulen. Die Zahl der Kinder, die gar nicht zur Schule gehen, sank um mehr als 90 Prozent. Doch nach wie vor verlassen viele Mädchen als Teenager die weiterführende Schule, vor allem, weil sie Aufgaben im Haushalt übernehmen müssen. Zudem ist das Heiratsalter sowohl auf dem Land als auch in der Stadt nach wie vor recht niedrig. Es gibt in Indien immer noch 265 Millionen erwachsene Analphabeten, und mehr als zwei Drittel von ihnen sind Frauen.

Sirisha C. Naidu, Wirtschaftsprofessorin an der Wright State University in den USA, sagt: „Die Frauenerwerbsquote wird zumeist als U-förmige Kurve wahrgenommen – sie ist hoch in Ländern mit sehr niedrigem oder sehr hohem Entwicklungsstand und niedrig in Ländern mit mittleren Entwicklungsständen.“

Kaum Chancen auf dem Land

In Schwellenländern wie Indien, die auf dem Weg von der Agrarwirtschaft zur Industriegewirtschaft sind, bedeuten mehr Jobs außerhalb der Landwirtschaft für Männer, dass die Haushaltseinkommen steigen und Frauen weniger benötigt sind, schlecht bezahlte

Jobs anzunehmen. Früher arbeiteten sowohl Männer als auch Frauen in der Landwirtschaft, aber zunehmender Maschineneinsatz macht viele Arbeitskräfte überflüssig. Trotz dieser Entwicklungen wollen die meisten Frauen nicht zu Hause bleiben, sondern Geld verdienen. Ihnen fehlen jedoch angemessene Jobmöglichkeiten. Das trifft auf ungelernete wie auf gut ausgebildete Frauen zu.

Manche Frauen ziehen auf der Suche nach Arbeit vom Land in die Stadt. Dort arbeiten sie im Haushalt, als Putzfrauen oder Verkäuferinnen. Zumeist sind das Jobs im informellen Sektor, die wenig Sicherheit bieten. Die meisten der Frauen in ländlichen Gebieten bleiben jedoch in den Dörfern, denn das Stadtleben wird als gefährlich wahrgenommen. Auf dem Land finden sie keine adäquate Arbeit. Dabei spielen Vorurteile eine große Rolle. Archana Pandey, die für eine NGO arbeitet, die junge Frauen für den Arbeitsmarkt in Uttar Pradesh ausbildet, einen der ärmsten Bundesstaaten Indiens, berichtet: „Wir haben oft erlebt, dass Männer ihren Töchtern, Frauen und Schwiegertöchtern nicht erlauben, ihr Dorf für eine Ausbildung und anschließende Arbeit zu verlassen.“

Indien muss den Anteil der Frauen an der arbeitenden Bevölkerung erhöhen. Das Beratungsunternehmen McKinsey Global Institute schätzt, dass das Bruttoinlandsprodukt des Landes 2025 um 16 Prozent bis 60 Prozent höher sein kann, wenn Frauen im gleichen Maße an der Wirtschaft beteiligt werden wie Männer. Die Herausforderungen sind allerdings enorm. Es reicht nicht, öffentlichen Raum und Verkehrsmittel sicherer für Frauen zu machen – die gesamte von Männern dominierte Gesellschaft muss ihre Denkweise ändern. ←

Link

Kelly Global Workforce Index:

<http://www.kellyservices.com/Global/Kelly-Global-Workforce-Index/>



Roli Mahajan

ist Journalistin in Neu-Delhi.
roli.mahajan@gmail.com

Internationaler Austausch

Seit 2013 bietet das weltwärts-Programm Jugendlichen aus Entwicklungsländern die Möglichkeit, Freiwilligenarbeit in Deutschland zu machen. Engagement Global fördert das Programm im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Vidya Varghese, eine Teilnehmerin aus Indien, berichtet von ihren Erfahrungen.

Ich bin Psychologin und komme aus Tarikere, einer kleinen Stadt im südindischen Bundesstaat Karnataka. In meinem Heimatland arbeite ich auf Teilzeitbasis als Beraterin für eine NGO namens VIKASANA. Diese kümmert sich um Straßenkinder, Schulabbrecher und Kinderarbeiter, die zum Beispiel mit Heimweh und Ängsten zu kämpfen haben. Viele von ihnen lernen langsam und sprechen unsere Sprache nicht gut. Wir spielen mit ihnen und bieten ihnen verschiedene Aktivitäten an, die ihnen helfen, zu lernen und ihr Verhalten zu verbessern.

In Deutschland habe ich für die Karl Kübel Stiftung gearbeitet, eine deutsche NGO und Partnerorganisation von VIKASANA, die sich insbesondere um Kinder und Familien kümmert. Ich habe die internationale Entwicklungsabteilung der Stiftung an ihrem Hauptsitz in Bensheim unterstützt, einer kleinen Stadt bei Frankfurt. Ich habe im Büro gearbeitet, Seminare an deutschen Schulen geleitet und sogar einen Kochkurs gegeben, um für Fairtrade-Läden zu werben. Außerdem habe ich geholfen, deutsche weltwärts-Freiwillige auf ihren Aufenthalt in Indien vorzubereiten.

Es war spannend, mit verschiedenen deutschen NGOs in Kontakt zu kommen, die sich um die Integration von Menschen mit Behinderungen – auch psychischer und psychologischer Art – bemühen. Zufälligerweise ist auch die CBM in Bensheim ansässig, eine internationale Hilfsorganisation, die sich für die Belange von Behinderten einsetzt.

Als ich für weltwärts ausgewählt wurde, war ich etwas nervös wegen der kulturellen Unterschiede. Ich dachte, die Deutschen seien sehr pünktlich, aufgabenorientiert und unflexibel. Würde ich das schaffen? Und würde ich zu meiner Gastfamilie passen? Es zeigte sich, dass meine Sorgen unbegründet waren. Meine Zeit in Deutschland war sehr schön und hilfreich.

Ich habe gerne mit älteren Deutschen geredet, um zu verstehen, wie sich dieses Land entwickelt hat. Inzwischen weiß ich, dass Deutschland früher manche der gleichen Probleme hatte wie Indien heute – etwa was starke kulturelle Traditionen angeht oder die Missachtung der Rechte von Frauen und Kindern.

Indiens und Deutschlands Normen ähneln sich, wie ich finde. Aber in Deutschland sind sie tendenziell

besser umgesetzt als in Indien, und der Staat fördert das. Da in Deutschland jeder Schulbildung erhält, ist das Grundverständnis für das Rechtssystem und die Regierungsarbeit viel ausgeprägter. Es scheint auch so, als seien die Deutschen eher bereit, die Initiative zu ergreifen, um etwas zu verändern. Die indische Gesellschaft ist wesentlich ärmer, und die Menschen sind oft so mit ihren eigenen Sorgen beschäftigt, dass sie kaum ein Auge für die Probleme anderer haben.

Ich habe beobachtet, dass die Deutschen unabhängiger sind als die Inder und dass Unabhängigkeit schon bei kleinen Kindern gefördert wird. Es spielt auch eine Rolle, dass die Kinder nicht ausschließlich von ihren Familien versorgt werden. Die meisten kleinen Kinder verbringen zumindest ein paar Stunden täglich in Kindergärten, die hohe Standards erfüllen müssen. In Indien ist das ganz anders. Der Familienzusammenhalt spielt eine viel größere Rolle als in Deutschland, was es Kindern aus dysfunktionalen Familien besonders schwer macht.

Ich war früher ziemlich schüchtern und tat mich schwer, vor Publikum zu sprechen. Nun habe ich mehr Selbstbewusstsein entwickelt. Ich bin stolz, jetzt sagen zu können, dass ich Präsentationen machen und sogar frei sprechen kann. Diesbezüglich war der Aufenthalt in Deutschland für mich sehr hilfreich. Ich bin unabhängiger und eloquenter geworden und weiß besser Bescheid über meinen Beruf. Mein Selbstvertrauen ist gewachsen.

Die Freiwilligenarbeit in Deutschland hat mir geholfen, kulturelle Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu verstehen. Das hat zu meinem persönlichen Wachstum beigetragen, und ich weiß nun genauer, was ich aus meinem Leben machen will.

Link

Weltwärts:
www.weltwaerts.de



Vidya Varghese bei einem Kochkurs, den sie für die Karl Kübel Stiftung gegeben hat.



Vidya Varghese

ist 24 Jahre alt und war 2016 weltwärts-Freiwillige aus Indien. Das weltwärts-Programm ermöglicht es jungen Deutschen seit 2008, Erfahrungen in Entwicklungsländern zu sammeln. Seit 2013 kommen auch weltwärts-Freiwillige aus Entwicklungsländern nach Deutschland. 2015 waren hier 111 Freiwillige aus Lateinamerika, 71 aus Afrika und 21 aus Asien im Einsatz.
vidyavarghees@gmail.com

Bildung nicht dem Markt überlassen



Chiles Jugend zeigt sich schon lange frustriert über das Bildungssystem. Vor zehn Jahren protestierten die Gymnasiasten vehement, und 2011 sah das Land eine weitere Welle von Protesten. In demselben Jahr erblühte der arabische Frühling, die „Indignados“ rüttelten Spanien auf und die „Occupy Wall Street“-Bewegung breitete sich ausgehend von New York aus.

Von Javier Cisterna Figueroa

➔ In Chile geht die junge Generation wütend auf die Straße, weil das Bildungssystem Ungleichheit produziert und verstärkt. Die Studenten fordern, dass die Regierung etwas dagegen unternimmt.

Zwölf Jahre Schulbesuch sind Pflicht in Chile. Es gibt drei Arten von Schulen:

- öffentliche Schulen (colegio municipal), die staatlich geführt werden und kostenlos sind,
- subventionierte Privatschulen (colegio particular subvencionado), die privat geführt werden, aber staatliche Subventionen erhalten und deswegen niedrige Schulgebühren verlangen,
- und vollständige Privatschulen (colegio particular), die sehr hohe Schulgebühren kassieren.

Das große Problem ist die unterschiedliche Qualität. Nach Recherchen der Universität von Chile erzielen Schüler von privaten Schulen in der Regel bessere Ergebnisse bei den Uni-Aufnahmeprüfungen. Diese Resultate sind sehr wichtig. Um eine gute Universität besuchen zu können und Zugang zu Stipendien zu bekommen, braucht man gute Noten. Und nach dem Universitätsabschluss hängen die Jobangebote davon ab, ob man eine Universität mit gutem Ruf besucht hat.

2011 riefen die protestierenden Studenten: „Weg mit der Pinochet-Ausbildung!“ Sie bezogen sich auf den Militärdiktator, der das Land nach einem blutigen Putsch im Jahr 1973 fast drei Jahrzehnte lang regierte. Sein rechtsgerichtetes Regime beschnitt stark die Gelder für öffentliche Bildung und bevorzugte private Bildungseinrichtungen. Schon sehr bald darauf waren die öffentlichen Schulen in einem schlechten Zustand. Die Schere zwischen Schülern, deren Eltern sich Privatschulen leisten konnten, und denen, die das nicht konnten, öffnete sich.

Diese Lücke schloss sich nicht mehr. 1990 wurde die Demokratie wieder eingeführt, aber Pinochets marktradikale Ideologie hatte das Land verändert. Das soll anders werden, fordern junge Leute heute.

Laut OECD-Statistiken ist Chile derzeit das Mitgliedsland mit der höchsten Einkommensungleichheit. Das Einkommen der reichsten zehn Prozent ist 26 Mal höher als das der ärmsten zehn Prozent. Denjenigen, die keine hohen Schulgebühren bezahlen können, ist das grundlegende Recht zum Zugang zu guter Bildung verwehrt, weil die Regeln des Marktes greifen. Schulgebühren sind für chilenische Eltern eine enorme Bürde.

■ Verschuldung wegen Studienkrediten

Auch ein Hochschulstudium in Chile ist teuer. Der Durchschnitt der 15 höchsten Studiengebühren, die in Chiles besten Privatuniversitäten gefordert werden, liegt bei 5900 Dollar pro Jahr. Deswegen benötigen viele Studenten einen Bankkredit. Öffentliche Universitäten sind billiger, aber nicht so gut.

Seit 2005 gibt es ein Programm, um Studenten zu helfen, die Studiengebühren zu bezahlen. Es heißt „Crédito con Aval del Estado“ (CAE). Es unterstützt Studienkredite durch staatliche Bürgschaften. Aber die Kredite müssen natürlich zurückgezahlt werden, und die Zinsen sind hoch.

Laut der zivilgesellschaftlichen Stiftung Fundación Sol, die Finanz- und Arbeitswelthemen erforscht, funktioniert dieses System allein auf der finanziellen Ebene. Die Stiftung sieht es beispielsweise als Problem, dass die Banken das jetzige und zukünftige Leben der Studenten, die sich verschulden, kontrollieren. Nach ihrem Abschluss, wenn sie nach ihrem ersten Job suchen, müssen die jungen Leute diese Schulden sofort abzahlen.

Laut Fundación Sol hat sich die Zahl der Studenten zwischen 2005 und 2015 auf nunmehr 1,2 Millionen Studenten fast verdoppelt. Aber die Stiftung kritisiert, dass die „Privatisierung des höheren Bildungssystems weiter fortschreitet“.



Comez/picture-alliance / NuPhoto

Chiles Bildungssystem hat viele Fallen. Claudia Barrientos beispielsweise hatte keine guten Noten bei der Aufnahmeprüfung für die Universität und musste sich deswegen in einer Privatuniversität einschreiben. Ihre Mutter unterschrieb als Bürge. Aber kurz nachdem das Mädchen das Studium begonnen hatte, verlor die Mutter ihre Arbeit.

„Ich musste die Universität verlassen, weil ich die Studiengebühren nicht mehr zahlen konnte“, erzählt Barrientos. „Obwohl ich nur drei Monate studiert hatte, musste ich Gebühren für ein ganzes Jahr bezahlen.“ Monate später schuldet sie der Universität immer noch umgerechnet 740 Dollar.

Francisca Muñoz ist 20 Jahre alt und möchte studieren, ebenso wie ihre Schwester. „Die Ergebnisse meiner Aufnahmeprüfung waren nicht gut genug, um ein Stipendium zu bekommen“, sagt sie. „Meine Schwester studiert bereits, und meine Eltern können nicht die Gebühren für uns beide bezahlen.“ Frustriert erklärt sie: „Ich arbeite jetzt und versuche Geld zu sparen, so dass ich mich 2018 vielleicht an der Uni einschreiben kann.“

Recaredo Gálvez ist der frühere Präsident der Studentengewerkschaft „Federación de Estudiantes de la Universidad de Concepción“. Seiner Ansicht nach kommen junge Leute in einen Teufelskreis, wenn sie ihr Studium mit einem Kredit bezahlen: „Laut dem Nationalen Institut für Statistik verdiente 2015 die Hälfte aller arbeitenden Chilenen nicht mehr als 523 Dollar pro Monat. Mit einem derart niedrigen Einkommen kann man keinen Ausbildungskredit zurückzahlen.“ 4 Millionen von den 11 Millionen Menschen, die solch einen Kredit zurückzahlen, seien damit im Rückstand. „In einem Land, wo so viele Menschen nur eine prekäre Arbeit haben, kann so ein System nicht funktionieren“, meint Gálvez.

Forderung nach öffentlicher Bildung

Das Bildungsministerium sieht es als seine Aufgabe, „gute kostenlose Bildung für alle Bürger sicherzu-

stellen sowie soziale Inklusion und Chancengleichheit zu fördern“. Diese Versprechen erfüllt es jedoch nicht. Tatsächlich werden schlechte Schulen mit Steuergeldern finanziert, während nur Wohlhabende ihre Kinder zu guten privaten Schulen schicken können.

Anwalt Fernando Atria hat das Bildungssystem untersucht. Sein Fazit: „Die Bewegung von 2011 zeigte klar, dass Bildung nicht wie andere Güter verkauft werden kann. Sie darf nicht entsprechend der Kaufkraft verteilt werden, denn das führt zu Ungleichheit.“ Atria befürwortet die Forderung der Studenten, von einem marktbasieren System zu einem System der sozialen Rechte zu wechseln.

Gabriel Boric ist ein früherer Studentenfürher, der 2013 in den Congreso Nacional, das nationale Parlament, gewählt wurde. „Der Kongress ist ein hermetischer Ort“, behauptet Boric. „Die wirtschaftlich starken Gruppen bestimmen alles, über Parteigrenzen hinweg.“ Er sagt, er habe nur wenige Verbündete – so etwa drei andere frühere Studentenfürher: „Wir wollen nicht, dass die Ungleichheit in Chile sich immer weiter reproduziert.“

Der Soziologe Alberto Mayol hingegen beanstandet, das politische System habe bisher kaum auf die wiederkehrenden Studentenproteste reagiert. Studenten organisieren regelmäßig Demonstrationen und fordern eine Bildung, die von guter Qualität und kostenlos und nicht nur am Gewinn orientiert ist. „Diese Demonstrationen sind ein Zeichen sozialer Probleme“, sagt Mayol. „Mein Eindruck ist jedoch, dass dies den Machthabern nicht klar ist.“ Seiner Ansicht nach sperren sich die Eliten gegen eine Veränderung. Es sollte bald etwas geschehen, sagt er, sonst „können wir uns auf die nächste Studentenrevolte gefasst machen“. ←

Links

OECD:

<https://www.oecd.org/chile/OECD2015-In-It-Together-Highlights-Chile.pdf>

<http://www.oecd.org/edu/Education-at-a-Glance-2014.pdf>

Fundación Sol:

<http://www.fundacionsol.cl/>

Zwei Demonstranten tragen eine chilenische Flagge mit der Aufschrift „kostenlose Bildung“ auf Spanisch in Santiago im Juni 2016.



Javier Cisterna Figueroa

ist Journalist und lebt in Concepción, Chile.

cisternafigueroa@gmail.com

Richtiger Umgang mit Daten

Um den Entwicklungsstand zu erfassen und Fortschritt voranzutreiben, sind belastbare Zahlen und Informationen unerlässlich. Es gibt verschiedene Methoden der Datenerhebung (siehe Kasten, S. 31). Die traditionelle Methode ist, Daten aktiv abzufragen und zu sammeln. Durch die neuen Medien stehen aber auch eine Menge automatisch generierter Daten zur Verfügung. Wegen ihrer Größe und Komplexität werden sie als Big Data bezeichnet. Die Frage ist, ob und wie man diese nutzen kann und sollte.

Von Tobias Knobloch und Julia Manske

→ Für Entwicklungsprogramme spielen Daten eine wichtige Rolle. In der Landwirtschaft etwa können stabile Datensätze dabei helfen, Vorhersagen über Ernteerträge zu treffen. Das International Center for Tropical Agriculture (CIAT) hat zusammen mit der Colombian Rice Growers Association ein Computersystem entwickelt, das die Vorhersage von Tro-

ckenperioden ermöglicht. Ausgehend von Wetterdaten der vergangenen zehn Jahre, analysiert das System die Reaktionen von Pflanzen auf Boden- und Wetterbedingungen. Ertraglose Aussaaten können somit vermieden werden. Züchter konnten 2013 auf diese Weise fast 3,8 Millionen US-Dollar sparen.

In vielen Ländern sind Daten, etwa über den sozio-ökonomischen Status oder

die Bevölkerungsstatistik, aber schlecht gepflegt, lückenhaft und bieten nur sehr begrenzt Informationen über regionale Entwicklung. Deshalb birgt die weite Verbreitung digitaler Technologien heute die Hoffnung, dass sich auf andere Art Daten erschließen lassen und potenziell bessere Einblicke bieten als traditionelle, statistische Quellen. Im Gegensatz zu statistischen Erhebungen entstehen beispielsweise sogenannte nutzergenerierte Daten dadurch, dass Nutzer diese aktiv auf Internet-Plattformen zur Verfügung stellen.

2014 hat die Forschungsstelle des US-amerikanischen IT-Unternehmens IBM die Verbreitung von Ebola in Westafrika untersucht. Gemeinsam mit der Open-Data-Initiative in Sierra Leone und der University of Cambridge hat IBM eine Big-Data-Analyse durchgeführt. Nutzergenerierte Daten sollten helfen, die Verbreitung der Krankheitserreger nachzuvollziehen. IBM hat außerdem ein System für die Bürger

Tribüne



Bei der Nutzung von Mobiltelefonen und sozialen Medien werden große Mengen von Daten generiert: Handynutzer vom Samburu-Volk in Nord-Kenia.

von Sierra Leone installiert, mit dem sie Ebola-Infektionsfälle mit einer gebührenfreien SMS oder einem Mailbox-Anruf an die Regierung melden konnten. Diese Daten haben IBM schließlich dabei geholfen, lebensrettende Gesundheits-Dienstleistungen zu mobilisieren und wichtige Ressourcen zu liefern, wie zum Beispiel Medikamente oder Hygieneprodukte.

Weitere praktische Beispiele

Ein recht bekannter Fall nutzergenerierter Daten ist die kenianische Ushahidi-Plattform. Sie wurde zum ersten Mal während der politischen Unruhen in Nairobi 2008 genutzt. Auf der Plattform melden Privatleute gewalttätige Zusammenstöße per SMS oder Online, die so generierten Daten über Ausschreitungen konnten so auf einer virtuellen Karte dargestellt werden. Seitdem wurde die Plattform in verschiedenen Situationen genutzt, zum Beispiel, um die Koordination von humanitärer Hilfe nach Erdbeben zu verbessern.

Neben nutzergenerierten Daten gibt es auch noch Massendaten, die durch automatische Analysen großer und zum Teil unstrukturierter Datenvolumina in hoher Geschwindigkeit generiert werden. Technologieunternehmen wie Facebook und Google nutzen diese Daten, um ein genaues Wissen über das persönliche Verhalten und die Vorlieben ihrer Kunden zu sammeln. Diese technischen Möglichkeiten lassen bei vielen die Hoffnung aufkeimen, dass sich neue Datenquellen gewissermaßen von selbst erschließen und potenziell bessere Ergebnisse liefern als traditionelle Quellen.

Viele internationale Organisationen wie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Weltbank haben aufgrund solcher Beispiele begonnen, Pilotprojekte zu initiieren und in die Forschung von Datenprogrammen zu investieren. Die Partnership in Statistics for Development in the 21st Century (Paris 21) wurde von der OECD, der Weltbank und anderen internationalen Organisationen eingerichtet und unterstützt Partnerländer dabei, ihre Statistiksysteme zu verbessern und neue Datenquellen zu nutzen. Die UN-Organisation Global Pulse macht Ergebnisse aus Big-Data-Analysen für Entwicklungsprojekte zugänglich. Die Global Partnership for Sustainable Development Data ist ein

Konsortium von Organisationen, die sich der Verbesserung von Daten für die Messung der SDGs verpflichtet haben. Oft ist die Rede von der Notwendigkeit einer „Datenrevolution“.

Grenzen und Risiken

Viele dieser Daten sind jedoch nicht öffentlich zugänglich. Während der Ebola-Krise versuchten zivilgesellschaftliche Organisationen ohne Erfolg, Unternehmen dazu zu bewegen, ihnen Zugang beispielsweise zu Mobilfunkdaten zu gewähren. Rechtliche Unklarheiten und Profitinteressen führten dazu, dass die Unternehmen dies verweigerten.

Es gibt Initiativen von Mobilfunkbetreibern wie Telefónica und Orange mit dem Ziel, Mobilfunkdaten (sogenannte Call Detail Records) für die Forschung freizugeben. Doch auch dies ist problematisch. Denn Unternehmen treten dabei als rechtmäßige Eigentümer der Daten auf – nicht jedoch die Menschen, die die Daten generieren. Daher machen solche Initiativen Entwicklungsorganisationen vom guten Willen der Unternehmen abhängig. Das führt zu einer immer größeren Machtasymmetrie zwischen der Privatwirtschaft und dem Entwicklungssektor.

Auch der Schutz der Privatsphäre stellt eine enorme Herausforderung dar. Viele Länder haben mangelhafte oder gar keine

Datenschutzgesetze. So werden in vielen Fällen Daten ohne vorherige Zustimmung der Nutzer ausgewertet, was in Deutschland illegal ist. Darüber hinaus kann eine sichere Anonymisierung von Daten in Zeiten großer Datenmengen und der automatisierten Verschneidung von Daten kaum gewährleistet werden. Individuen können so in eigentlich anonymisierten Datensätzen wieder identifiziert werden.

Auch die Qualität und Aussagekraft von Daten sind unabhängig von ihrer Menge nicht gegeben. Die Menge der Daten sagt noch nichts über ihre Repräsentativität aus. Wie viele Studien zeigen, geben gerade Big Data ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit wider. Rohdaten lassen sich ferner manipulieren, sodass sich vermeintliche Erkenntnisse herbeiführen lassen und Entscheidungen entsprechend beeinflusst werden können.

Verantwortungslose Algorithmen stellen ein weiteres Risiko dar. Algorithmen sind, vereinfacht gesagt, Berechnungen, die Rohdaten in nutzbare Informationen umwandeln. Sie sind keinesfalls objektiv, sondern hängen von gesellschaftlichen Verhältnissen ab. So wissen wir etwa, dass Massendaten dazu führen können, bestehende Formen von Diskriminierung abzubauen oder sogar zu verstärken. Ein Programm der Polizei in Florida, das auf Basis von Daten die weitere Gefährdung von Straftätern berechnete und damit über ihre Entlassung aus dem Gefängnis

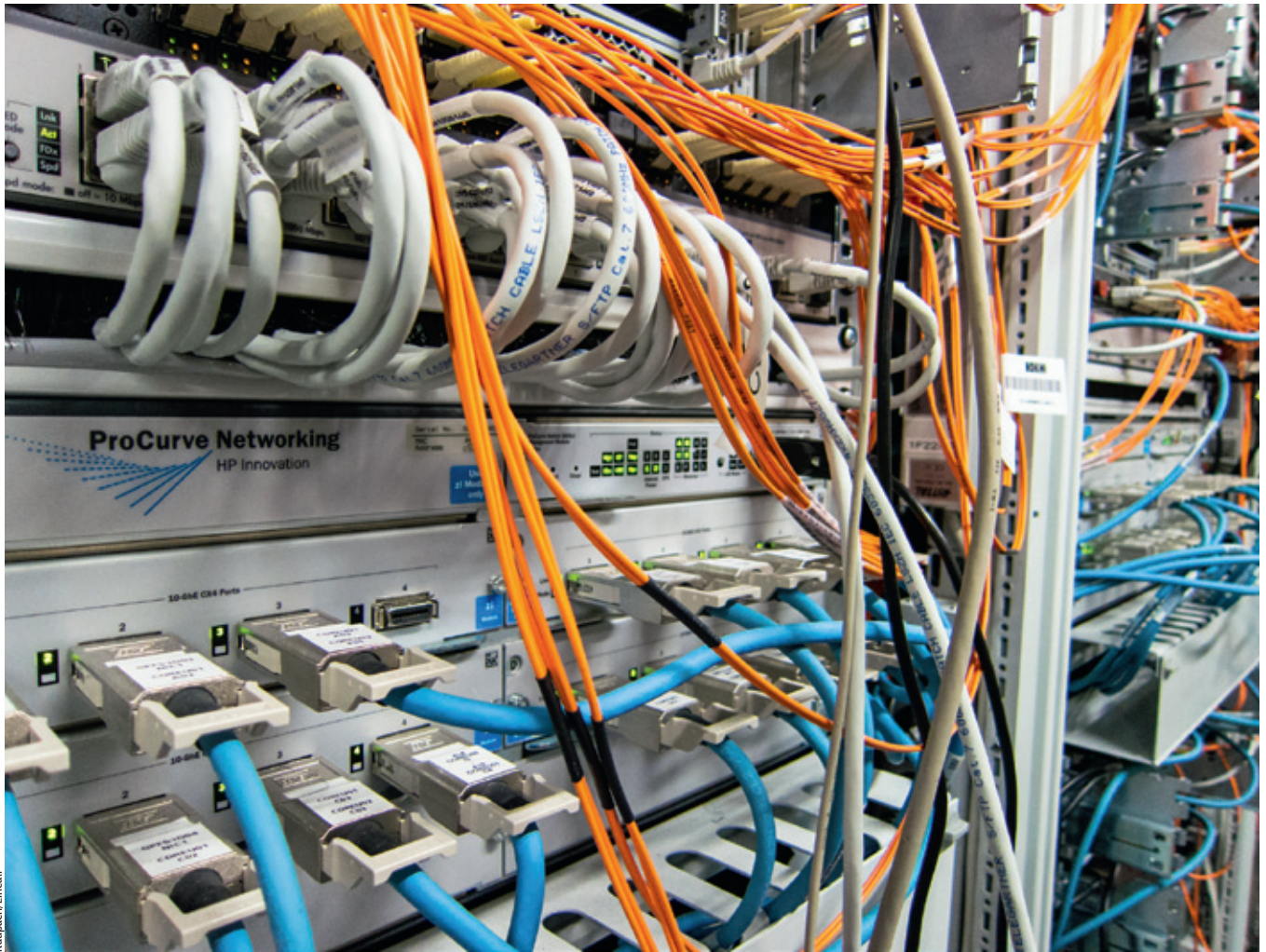
Big Data und Crowdsourced Data

Daten von Privatpersonen, die bei der Nutzung von sozialen Medien und mobiler Kommunikation gewissermaßen als Nebenprodukt anfallen, sind eine Form von Big Data. In vielen Fällen werden sie von Unternehmen wie Facebook und Google analysiert – meist zu kommerziellen Zwecken. Unternehmen haben dadurch oft ein sehr genaues Wissen über das Verhalten und die persönlichen Vorlieben ihrer Nutzer.

Big-Data-Analysen laufen automatisch ab, oft in hoher Geschwindigkeit. Sie erfassen ein großes Volumen an teils unstrukturierten Daten und werten diese aus. Manche Experten behaupten deshalb, dass Big Data eine akkuratere Vorhersage sozio-

ökonomischer Entwicklungen erlaube als konventionelle Methoden. Kritiker bemängeln dagegen das heuristische und wenig hypothesengeleitete Vorgehen.

Crowdsourced-Data werden von Nutzern bereitgestellt. Bei solchen Datensätzen handelt es sich aber nicht um Nebenprodukte, vielmehr sollen sie gezielte Informationen generieren. Mehrere Menschen arbeiten gemeinsam an der Beschaffung von Daten und stellen diese auf einer Plattform für andere zur Verfügung. In vielen Fällen können Vorgänge dadurch transparenter gestaltet werden. Privatpersonen und zivilgesellschaftliche Initiativen arbeiten an der Datenbeschaffung oft gemeinsam.



Big Data werden automatisch erfasst und bestehen aus vielen, teils unstrukturierten Daten.

bestimmte, prognostizierte Afroamerikanern unberechtigterweise eine doppelt so hohe Wahrscheinlichkeit einer Rückfälligkeit wie weißen Amerikanern. Das Programm wurde als besonders neutral angepriesen. Da jedoch die Algorithmen mit Daten von früheren Entscheidungen und damit jahrhundertelanger Diskriminierung gegenüber Afroamerikanern gefüttert wurden, verstärkte sich die Diskriminierung. Auch solche Problemfelder muss die internationale Zusammenarbeit im Blick behalten.

Die Nutzung von Daten bietet große Chancen. Entwicklungsorganisationen sind jedoch dazu aufgerufen, die skizzierten Risiken abzuwägen, damit sich die Datenrevolution nicht als Trojanisches Pferd erweist. Voraussetzung hierfür ist eine informierte Diskussion über eine verantwortungsvolle Datennutzung weltweit, die Nichtregierungsorganisation und Bürger in den Partnerländern aktiv einbezieht. ←

Literatur

- De Montjoye, Y.-A., Hidalgo, C. A., Verleysen, M., und Blondel, V. D., 2013:** Unique in the crowd: The privacy bounds of human mobility.
http://www.chidalgo.com/Papers/2013/Unique_in_the_Crowd_srep.pdf
- Nyirenda-Jere, T., und Biru, T., 2015:** Internet development and internet governance in Africa.
<http://www.internetsociety.org/sites/default/files/Internet%20development%20and%20Internet%20governance%20in%20Africa.pdf>
- Open Definition 2.1:**
<http://opendefinition.org/od/>
- Oxfam, 2015:** A rights based approach to responsible data.
<http://policy-practice.oxfam.org.uk/blog/2015/08/a-rights-based-approach-to-treating-data-responsibly>
- Pasquale, F., 2015:** Digital star chamber. Aeon Essays.
<https://aeon.co/essays/judge-jury-and-executioner-the-unaccountable-algorithm>
- Taylor, L., 2015:** In the name of development: power, profit and the datafication of the global south.
http://www.academia.edu/13226191/In_the_name_of_Development_power_profit_and_the_datafication_of_the_global_South

UN, 2014: A World That Counts. Mobilising the Data Revolution for Sustainable Development. Prepared by The Independent Expert Advisory Group on a Data Revolution for Sustainable Development

<http://www.undatarevolution.org/report/>

World Bank, 2014: Open data challenges and opportunities for national statistical offices.

<https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/19984/>

Tobias Knobloch



leitet das Projekt „Open Data and Privacy“ bei der Berliner Denkfabrik Stiftung Neue Verantwortung (SNV).

tknobloch@stiftung-nv.de

Julia Manske



leitet ebenfalls das Projekt „Open Data and Privacy“ bei der SNV.

jmanske@stiftung-nv.de



Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



www.twitter.com/forumdc

The screenshot shows the Twitter profile page for D+C Development + Cooperation (@forumdc). The profile picture is a photograph of a busy outdoor market with people and stalls. The bio reads: "D+C Development and Cooperation is a webmagazine and bi-monthly print magazine on development and international cooperation. Frankfurt, Germany dandc.eu Beigegeben Januar 2010". The statistics show 9,049 tweets, 2,088 people followed by the user, 4,649 followers, 180 likes, and 7 lists. A recent tweet is visible: "#Nigeria: @eHealth_africa is fighting polio in spite of insurgency in #Borno State #vaccines ow.ly/R8Un307hWFu". The right sidebar contains a "Neu bei Twitter?" section with a "Registrieren" button and a "Vielleicht gefällt Dir auch" section with recommendations for accounts like BMZ Bund, Weltungerhilfe, giz, and Development Pros.



Boote voller Bücher

Graswurzel-Initiativen sorgen dafür, dass Kinder in indonesischen Dörfern Zugang zu Büchern bekommen. Allgemein wächst die Wertschätzung für Bücher.

Von Edith Koesoemawiria

➔ Bücher brauchen Leser – und selbst in unserem digitalen Zeitalter brauchen Leser noch Bücher. Romane, Comics und anderes gedrucktes Material sind wie Tore für den Verstand. Sie erweitern Wissen, Phantasie und Kreativität.

Indonesiens Alphabetisierungsrate liegt laut UNESCO und Weltbank bei über 90 Prozent. Schriftsteller beklagen aber, dass zu wenige der 250 Millionen Menschen im Land lesen. Sie fänden es gut, wenn die Bevölkerung besseren Zugang zu Büchern hätte.

Tatsächlich sind Bücher teuer oder gar nicht erhältlich. Indonesien besteht aus 17 000 Inseln, die sehr unterschiedlich entwickelt sind. Wer in abgelegenen Gebieten lebt, hat es wesentlich schwerer, an Dienstleistungen, Bildung, Informationen – und Bücher – zu kommen als jemand in der Stadt.

Sari Meutia von Mizan Publishing sieht den Vertrieb als eines der größten Probleme. Sie sagt: „Lehrmaterial wird zum Teil vom Staat subventioniert, aber der Vertrieb von Romanen, Comics oder Special-Interest-Büchern basiert allein auf der Marktdynamik.“ Buchhandlungen in Indonesien verkaufen ihre Ware in der Regel auf Kommission. Um die Bücher zu verschicken, müssen sie teure Post- und Kurierdienste nutzen – und, falls sie nicht verkauft werden, auch den Rücktransport bezahlen. Das kostet die Verlage viel Geld.

Es gibt verschiedene Ansätze, die Situation zu ändern. Ridwan Sururi's Pustaka Kuda etwa tut das in Zentral-Java mit einer „Pferde-Bibliothek“. Der junge Mann bringt per Pferd dienstags, mittwochs und donnerstags Druckerzeugnisse zu Kindern im ländlichen Purbalingga. Auch seine eigene Tochter liest gerne. Kuda hat eine Schwäche für Pferde und wollte sein Hobby für die Gemeinschaft nützlich

machen. Ihm haben es seine Tochter und andere Kinder in der Gegend zu verdanken, dass sie Bücher lesen können.

Die Idee dazu entstand in einem Gespräch mit Nirwan Arsuka, einem Essayisten, Redakteur und ebenfalls Pferdeliebhaber. Er stellte den Büchergrund-

stock zur Verfügung. Zudem unterstützt er eine weitere ländliche Bibliothek in West-Sulawesi auf der anderen Seite der Java-See.

Da Arsuka selbst aus Sulawesi kommt, kennt er die Einschränkungen, unter denen Kinder dort leben. Er wollte den Menschen auf den umliegenden kleinen Inseln helfen. Mit seiner Idee wandte er sich an Aktivisten und Intellektuelle, und die Idee bekam buchstäblich Segel: Inzwischen bringt ein traditionelles Frachtschiff Lesestoff auf die Inseln sowie zu Dörfern flussaufwärts. Früher wurden die Dschun-



Kleinkind mit Bilderbuch in Aceh.

ken dazu verwendet, Reis und andere Waren zu verschiffen.

Nun warten Horden von Kindern auf die Ankunft des Schiffes, dessen Kapitän Muhammad Ridwan Alimuddin heißt. Der ehemalige Meeresforscher arbeitet mittlerweile als Vollzeitbibliothekar. Er bringt den Dorfkindern die Bücher – wenn nicht anders möglich, auch per Fahrrad, Pferdewagen oder Motorrad.

An vielen Orten in Indonesien schießen kleine, meist auf Kinder ausgerichtete Bibliotheken wie Pilze hervor. Geleitet und unterstützt werden sie von Menschen, die wissen, dass Geschichten und Bücher Träume und Ziele beflügeln.

Dunkle Jahre

Alphabetisierung, Kreativität und Bildung wurden schon in der Kolonialzeit in Indonesien gefördert. Rückschläge gab es aber unter der von den sechziger Jahren bis in die neunziger Jahre dauernden Diktatur Suhartos. In diesen dunklen Jahren wurden Bücher verbrannt und zensiert.

Mit Druckstücken erwischt zu werden, die die Regierung missbilligte, konnte Gefängnis und Folter bedeuten. Bücher wurden vernichtet, der Straßenbuchhandel durchsucht, Verlage überfallen.

Seit Suhartos Sturz leben die kulturellen Aktivitäten wieder auf. Es gibt Projekte, die sich an Straßen- und Dorfkindern richten, wie etwa „Sokola Rimba“ in Sumatra, „Rumah Dunia“ in West-Java, „Komunitas Kaki Abu“ in Papua oder „Rimba Baca“ in Jakarta. Privatleute reisen in entlegene Dörfer, um Bücher zu spenden oder Kreativworkshops zu organisieren.

Der Filmemacher Rony Sanjaya ist einer dieser Aktivisten. Über die Zivilgesellschaft „Ngibing“ arbeitet er mit Kindern und Erwachsenen. Er ist glücklich: „Es ist toll, wie sie zeichnerisch und erzählerisch Geschichten entwickeln und dabei Selbstvertrauen gewinnen“.

Auch Verleger machen mit. Für eine Serie von Mizan Publishing können Kinder ihre eigenen Bücher erstellen. Adibintang und Zikrul Publishing bieten Schreibkurse für Kinder an.

Das Ministerium für Bildung und Kultur hat kürzlich ein Alphabetisierungsprogramm für Schulen angesetzt. Es geht nicht nur darum, lesen und schreiben zu lernen, sondern vor allem darum, diese Fähigkeiten tatsächlich zu nutzen. Die Kreativität der Schüler wie auch die der Lehrer soll gefördert werden.

Dieses Regierungsprogramm steckt noch in den Kinderschuhen. Hoffentlich wird es das Umdenken voranbringen. Noch immer fürchten viele, dass Publikationen traumatische historische Fragen ansprechen (siehe in Edith Koesoemawirias Kommentar in D+C/E+Z e-Paper 2016/11, S. 42, wie Indonesien mit den Traumata der Suharto-Ära umgeht) oder sexuelle Inhalte haben könnten. Andererseits begreifen immer mehr junge wie alte Menschen, wie wichtig Bücher sind. Belesenheit hilft nämlich, selbständig zu entscheiden. ←

Edith Koesoemawiria



ist freie Journalistin.

hidayati@gmx.de

Entwicklungspolitik

Gemeinsam Innovation ankurbeln

Eine gute Innovationspolitik und bessere berufliche Bildung zu schaffen ist für die lateinamerikanischen Länder essenziell – und die europäische Entwicklungspolitik könnte dabei helfen.

Von Claudio Maggi

→ Die lateinamerikanischen Länder haben in den letzten Jahrzehnten die Armut erheblich verringern können, doch davon, sie abzuschaffen, sind sie noch weit entfernt. Seit der internationalen Finanzkrise 2008/2009 sinken die Wachstumsraten und die Produktivität stagniert in den meisten Ländern. Seitdem haben sich auch die Armutsindikatoren nicht weiter verbessert, und es sind sogar einige Rückschläge zu verzeichnen gewesen. Laut CEPAL, der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik, lebten im

Jahr 2014 28 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze (167 Millionen Menschen) und zwölf Prozent sogar in extremer Armut (mehr als 70 Millionen Menschen). Zudem ist Lateinamerika auch weiterhin eine der Weltregionen mit der höchsten Ungleichverteilung des Wohlstands – nur das südliche Afrika weist einen höheren Wert auf.

Eine hohe Armutsrate und große Ungleichheit erschweren Entwicklung, weshalb beide Probleme auch in der

Agenda 2030 der Vereinten Nationen festgehalten wurden (Ziel 1 & 10). Um die Situation zu verbessern, ist es für die lateinamerikanischen Länder immens wichtig, wirtschaftlich wettbewerbsfähig zu bleiben.

Der lateinamerikanischen Wirtschaft stehen jedoch einige tiefgreifende Veränderungen bevor, die von zwei globalen Makro-Trends ausgehen:

- Zum einen haben sich mehrere lateinamerikanische Staaten auf der Klimakonferenz COP21 in Paris Ziele zur Dekarbonisierung gesetzt. Um diese zu erreichen, werden sich Unternehmen massiv umstellen und Regionen nachhaltige Wirtschaftszweige aufbauen müssen.
- Der zweite globale Trend sind die Digitalisierung und die Nutzung von intelligenten Geräten (Internet of Things – IoT)

in der industriellen Produktion und im Dienstleistungssektor. Sie bedeuten für wichtige Branchen eine disruptive Veränderung. Die rasante Entwicklung birgt unbestritten Chancen für die lateinamerikanischen Länder, aber sie bedeutet auch große Herausforderungen: Um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können, müssen sie Technologie-lücken schließen, Humankapital aufbauen – also Arbeitskräfte besser aus- und weiterbilden –, die IT-Infrastruktur auf den neuesten Stand bringen und regulatorische Lücken schließen.

Innovationspolitik in Lateinamerika

Im internationalen Vergleich wird sehr deutlich: Länder, die von Volkswirtschaften mittleren Einkommens zu hoch entwickelten Ländern geworden sind – abgesehen nur von jenen, die ausschließlich aufgrund ihres Rohstoffreichtums gewachsen sind – haben dies geschafft, indem sie hochentwickelte Produktions-

strukturen aufgebaut haben. Entweder haben sie in traditionellen Industrien neue Wertschöpfungsketten aufgebaut (dies trifft insbesondere auf Länder mit einem hohen Anteil an Rohstoffexporten zu wie Australien, Neuseeland, Kanada und den nordeuropäischen Ländern) oder durch die Entwicklung neuer Sektoren, für die sie gezielt Wettbewerbsvorteile aufgebaut haben (Beispiele sind Korea, Singapur und Irland). Sie haben die Wirtschaft ihrer Länder diversifiziert sowie in Wissenschaft, Forschung, Technologie und Ausbildung investiert.

Innovation ist ein unerlässlicher Motor, um solche neuen Strukturen aufzubauen. Deshalb haben in den letzten zwei Jahrzehnten immer mehr Regierungen in Lateinamerika versucht, die Innovationsleistung ihres Landes zu fördern. Beispielsweise haben sie Cluster-Programme für bestimmte Sektoren oder Regionen gestartet oder Institutionen geschaffen, die gezielt öffentlich-private Projekte anstoßen sollen.

Doch die großen sozialen Herausforderungen in ihren Ländern verhindern, dass diese Maßnahmen hohe politische Priorität und ein entsprechendes Budget bekommen. Für Politiker ist es schwer, angesichts großer sozialer Probleme Ausgaben für Wissenschaft, Technologie und Innovation zu rechtfertigen. Es ist daher dringend notwendig, die Ziele hinter diesen Maßnahmen klar darzulegen und dem Steuerzahler zu vermitteln, weshalb sie für ihn relevant sind. Auch braucht es klare Mechanismen, um die Ergebnisse zu messen und für die Bevölkerung sichtbar zu machen. Besonders innovative Gesellschaften erfüllen all diese Punkte.

Die Innovationspolitik in Lateinamerika muss es schaffen, nationale und regionale Innovationssysteme aufzubauen, die Fortschritt für die Bevölkerung bringen. Gleichzeitig muss sie Innovation in der Privatwirtschaft stimulieren, um die Produktionseffizienz zu steigern. Diese Prozesse könnte die europäische Entwicklungspolitik unterstützen.

Europa in Lateinamerika

Die europäische Entwicklungszusammenarbeit hat eine lange Tradition in Lateinamerika und genießt ein gewisses Ansehen. In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat die Europäische Union mit verschiedenen Ländern und Ländergruppen der Region Handelsverträge unterzeichnet, darunter mit Mexiko, Chile, Zentralamerika, der Andengemeinschaft und dem Staatenverbund Mercosur. Beim ersten Europa-Lateinamerika-Gipfel 1999 in Rio de Janeiro haben beide Regionen eine strategische Partnerschaft geschlossen, die auch bei den folgenden Treffen bekräftigt wurde, zuletzt beim VIII. EU-LAC-Gipfel in Brüssel 2015.

Die EU arbeitet in Bereichen wie Finanzen, Handel und Wissenschaft mit Lateinamerika zusammen, sie fördert Investitionen und unterstützt Unternehmenskooperationen. Einige Programme haben ihr besondere Anerkennung eingebracht, darunter das Programm „AL-Invest“, das kleinen und mittelständischen Unternehmen die internationale Expansion erleichtert, „Euro-Solar“, das erneuerbare Energien für benachteiligte Bevölkerungsgruppen

bereitstellt, „LAIF“, das Investitionen in Infrastruktur fördert, und „EUROSocial“, das wirtschaftliche Integration und sozialen Zusammenhalt stärkt. Auch in den Bereichen Dezentralisierung und lokale

Entwicklung hat die EU zusammen mit anderen multilateralen Organisationen wie UNDP, CEPAL und der interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) einige Erfolge erzielen können.



Treffen von EU- und lateinamerikanischen Ministern in Santo Domingo, Dominikanische Republik, im Oktober 2016.



Spezialisierte Arbeitskräfte fehlen gerade in hoch technologisierten Branchen wie der Maschinen- und Automobilindustrie: Arbeiter in einer Nissan-Fabrik in Guernavaca, Mexiko.

Michael Mogensen/Lineair Fotoarchief

Wie Europa helfen kann

Europa hat im Bereich Innovationsförderung einige gute Ansätze gefunden, die es über die Entwicklungszusammenarbeit auch in Lateinamerika etablieren könnte. Das EU-Regionalprogramm für Lateinamerika, das Development Cooperation Instrument (DCI), sieht für 2014 bis 2020 ein Budget von 925 Millionen Euro für Initiativen in der Region vor. Die EU sollte es nutzen, um die Innovationskraft in Lateinamerika zu stärken.

Lateinamerika ist weltweit eine der Regionen, in denen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt am weitesten auseinanderklaffen. In einer Umfrage der Weltbank unter brasilianischen und argentinischen Unternehmen aus dem Jahr 2010 bezeichneten rund zwei Drittel der Befragten die unangemessene Ausbildung der Arbeitnehmer als schwerwiegendste Hürde für ihren Betrieb und als ein Hindernis für Innovationsfähigkeit. Gerade in hoch technologisierten Branchen steigt in Lateinamerika daher die unbefriedigte Nachfrage, etwa in der Maschinen- und Automobilindustrie in Brasilien oder Mexiko.

Hinzu kommt, dass sich die Anforderungen der Wirtschaft rasant ändern. Laut einer IDB-Studie von 2016 braucht die Hälfte der Unternehmen in Argentinien, Brasilien und Chile Arbeitnehmer mit breiteren und anderen Fähigkeiten als noch vor fünf Jahren. In Chile wird geschätzt, dass allein aufgrund fehlender

Kompetenzen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) mehr als 5000 Positionen nicht adäquat besetzt werden können. Mit der weltweit fortschreitenden Digitalisierung wird dieses Defizit wachsen und zunehmend zu einem Hindernis für die Wettbewerbsfähigkeit der Region werden.

Fachkräfte müssen heute so ausgebildet werden, dass sie auf die neuen Anforderungen vorbereitet sind. Außerdem sollten sie mit digitalen Technologien umgehen können – egal, ob sie im Bergbau, der Agrarindustrie, der Astronomie, der Logistik, dem Bau- oder Gesundheitswesen tätig sind. Europa hat dafür gute Modelle entwickelt: Die Erfahrungen beispielsweise mit der dualen Ausbildung und lebenslangem Lernen sollten stärker in die Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika einfließen (siehe Bruno Wenn über duale Ausbildung in Brasilien im E+Z/D+C e-Paper 2016/08, S. 38).

„Smart Specialisation“ ist ebenfalls wichtig. Regierungen können nicht im Voraus wissen, welche politischen Interventionen Innovation vorantreiben werden. Sie müssen Verfahren schaffen, um dies herauszufinden. Dafür sollten die zuständigen Institutionen starke Partnerschaften mit Unternehmen, Hochschulen, Förderinstitutionen, Arbeitnehmern und Zivilgesellschaft aufbauen. Die „Smart Specialisation Strategy“ der Europäischen Kommission ist ein gutes Beispiel dafür: Sie soll in einzelnen Regionen Innovationen

identifizieren, die die lokale Produktion stärken. Sie bringt die wichtigsten Akteure zusammen und macht die technischen Voraussetzungen aus, die nötig sind, um Wettbewerbsvorteile zu stärken. Ein solcher Ansatz sollte auch in die europäische Zusammenarbeit mit Lateinamerika im Bereich Innovationspolitik einfließen. ←

Literatur

- Bassi, M., Rucci, G. und Urzúa, S., 2014:** Más allá del aula: formación para la producción. (Jenseits des Klassenzimmers: Ausbildung für die Produktion. Nur auf Spanisch und Portugiesisch.) In Crespi, G., Fernández-Arias, E., und Stein, E. (Hg.): ¿Cómo repensar el desarrollo productivo? políticas e instituciones sólidas para la transformación económica. Washington DC, Interamerikanische Entwicklungsbank. <https://publications.iadb.org/bitstream/handle/11319/6634/%C2%BF%C3%B3mo%20repensar%20el%20desarrollo%20productivo%3f%20Pol%C3%ADticas%20e%20instituciones%20s%C3%B3lidas%20para%20la%20transformaci%C3%B3n%20econ%C3%B3mica.pdf?sequence=1>
- CEPAL, 2016:** Ciencia, tecnología e innovación en la economía digital. La situación de América Latina y el Caribe. (Wissenschaft, Technologie und Innovation in der digitalen Wirtschaft. Die Situation in Lateinamerika und der Karibik. Nur auf Spanisch.) Segunda Reunión de la Conferencia de Ciencia, Innovación y TIC, San José de Costa Rica. http://repositorio.cepal.org/bitstream/handle/11362/40530/S1600833_es.pdf

Claudio Maggi



ist Industrie- und Wirtschaftsingenieur und Leiter der Wettbewerbsabteilung der chilenischen Agentur für wirtschaftliche Entwicklung (Corporación de Fomento de la Producción, CORFO).

claudio.e.maggi@gmail.com

Sozialhilfe ist kein Tabu mehr

Entwicklungshilfe geht häufig an den ärmsten Menschen vorbei, da ihnen das nötige Selbsthilfepotenzial fehlt. Ein Pilotprojekt im sambischen Kalomo zu regelmäßigen Zuschüssen zum Lebensunterhalt für die am stärksten benachteiligten Gruppen hat das Sozialhilfe-Tabu gebrochen. Mittlerweile gibt es in fast allen afrikanischen Ländern Cash-Transfer-Programme.

Von Bernd Schubert

➔ „Hilfe zur Selbsthilfe“ ist das Credo der Entwicklungshilfe. Die Ärmsten der Armen haben jedoch häufig kein oder wenig Selbsthilfepotenzial: Sie sind zu krank, zu alt oder zu jung, um produktive Arbeit leisten zu können. Diese Erkenntnis wurde lange Zeit ignoriert. Zwar ist Armutsminderung das mittelbare oder unmittelbare Ziel der meisten Entwicklungshilfeprojekte. Serienevaluierungen zeigen jedoch, dass die am stärksten benachteiligten Menschen nicht von den Vorhaben profitierten.

Das traditionelle Instrumentarium der Entwicklungspolitik – wie die Vergabe von Kleinkrediten, die Förderung des informellen Sektors oder von Beschäftigungsprogrammen – erreicht viele der ärmsten Haushalte demnach nicht. Technisch gesehen besteht die Hauptursache für die-

ses Manko in fehlender Zielgruppendifferenzierung. Armut ist heterogen, aber die meisten Projekte zielen auf „die Armen“, als seien sie eine homogene Gruppe. Dabei folgen sie der Weltbankdefinition, wonach derzeit Menschen als arm gelten, deren Einkommen unter \$ 1,90 pro Tag liegt. Unterhalb dieser Grenze wird nicht differenziert. Dass Menschen, deren Einkommen bei \$ 0,50 liegt und die chronisch unterernährt sind, ganz andere Probleme haben als diejenigen, die nur knapp unter der \$ 1,90-Grenze liegen, wird nicht berücksichtigt.

Differenziert werden muss zusätzlich nach den wichtigsten Ursachen für Armut und Hunger. Sie liegen oft in der Haushaltsstruktur. Ein Haushalt, der arm oder sehr arm ist, aber über arbeitsfähige Mitglieder verfügt, bietet andere Vorausset-

zungen zur Armutsüberwindung als Haushalte ohne Arbeitskräfte.

Differenziertes Armutsprofil

2003 wurde im Rahmen eines von Deutschland geförderten Pilotvorhabens im Distrikt Kalomo in Sambia der Versuch unternommen, ein Armutsprofil zu erstellen, das die oben beschriebenen Kriterien berücksichtigt. Die dazu erstellte Grafik (siehe unten) differenziert die etwa eine Million Haushalte des Landes, die unter Armut und Hunger leiden (insgesamt 50 Prozent aller Haushalte), nach den Kriterien „mäßige Armut“ (moderate poverty) und „kritische Armut“ (critical poverty).

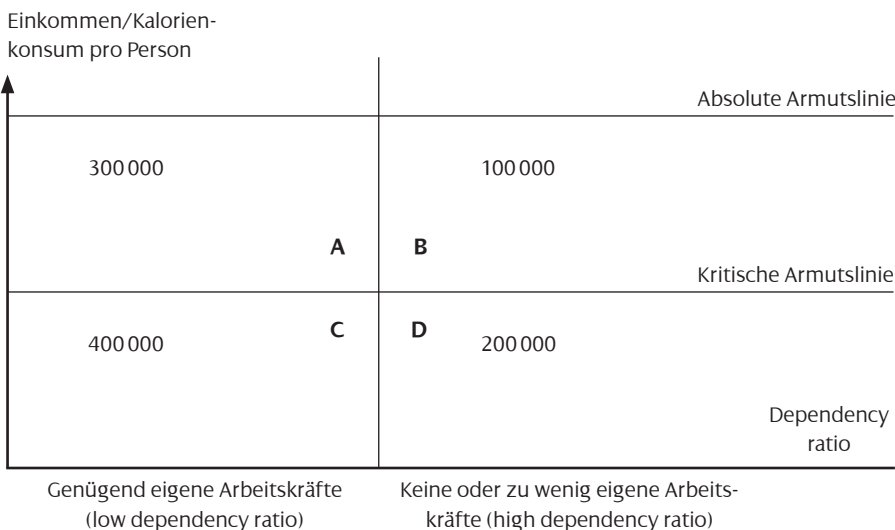
Die Grafik unterscheidet weiter, ob die Haushalte ausreichend Arbeitskräfte und damit Selbsthilfepotenzial haben (low dependency ratio), oder ob sie über keine oder zu wenig Arbeitskräfte verfügen, etwa weil die Haushaltsmitglieder zu jung oder zu alt, krank oder behindert sind, und der Haushalt daher Hilfe von außen benötigt (high dependency ratio).

Die 300 000 armen Haushalte im Feld A sind in einer relativ günstigsten Situation. Ihre Armut ist real und schmerzlich, aber nicht lebensbedrohlich. Gleichzeitig verfügen sie über Arbeitskraftreserven, die genutzt werden können, wenn sie Zugang zu Kleinkrediten, Beratung oder wenigstens zu Beschäftigung erhalten, etwa als Landarbeiter oder im Rahmen öffentlicher Beschäftigungsprogramme.

Die 200 000 Haushalte im Feld D sind in der ungünstigsten Lage. Sie leiden unter lebensbedrohlichem Hunger und haben keine Arbeitskraftreserven. Für Förderprogramme, die auf Selbsthilfe ausgerichtet sind, bieten sie keine Ansatzpunkte. Sie sind Sozialfälle: Haushalte, die zur Überlebessicherung regelmäßige Zuschüsse zum Lebensunterhalt benötigen. Dafür hat sich in der Entwicklungshilfe der Begriff „Social Cash Transfers“ durchgesetzt.

Basierend auf diesen Daten, wurde in Kalomo ein Pilotprojekt durchgeführt, das

Anzahl armer Haushalte in Sambia, differenziert nach dem Grad der Armut und nach der Haushaltsstruktur (Selbsthilfefähigkeit)





Schubert

Typische Zielgruppe des Kalomo-Projekts: Großmutter mit drei Enkeln, deren Eltern an AIDS gestorben sind.

alle kritisch armen Haushalte, die keine Arbeitskraftreserven hatten, mit regelmäßigen Zuschüssen zum Lebensunterhalt versorgen sollte. Ziel war es, die extreme Armut und den Hunger der Menschen in diesen Haushalten zu reduzieren, die Gesundheit zu verbessern und den Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen. Gleichzeitig sollten Erkenntnisse über die Durchführbarkeit, die Kosten und die Wirkungen von Social Cash Transfers für Haushalte der Kategorie D gewonnen werden.

Nach dreijähriger Laufzeit zeigte das Pilotvorhaben, dass die Distriktstrukturen des Sozialministeriums in Zusammenarbeit mit Dorfkomitees in der Lage sind, ein solches Sozialhilfeprogramm zu realisieren. Die jährlichen Kosten lagen bei etwa \$ 100 pro Haushalt. Die Empfängerhaushalte gaben die zusätzlichen Mittel konsequent für Ernährung und Gesundheit der Haushaltsmitglieder aus, tätigten einkommensschaffende Kleininvestitionen und schickten die Kinder zur Schule. Sie investierten in physisches, menschliches und soziales Kapital. Gleichzeitig bewirkte die zusätzliche Kaufkraft positive Sekun-

däreffekte. Die gestiegene Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen führte zu Produktions- und Vermarktungsanreizen und stärkte die lokalen Wirtschaftskreisläufe.

Auf der Basis dieser Daten ließ sich abschätzen, dass eine flächendeckende Sozialhilfe für die 200 000 Haushalte der Kategorie D (die bedürftigsten zehn Prozent aller Haushalte in Sambia) jährlich \$ 20 Millionen kosten würde. Das waren im Jahr 2006 0,5 Prozent des Bruttosozialprodukts oder fünf Prozent der nach Sambia fließenden Entwicklungshilfegelder aller Geber. Mit diesen finanziellen Mitteln würde, die Ernährung und die wichtigsten anderen Grundbedürfnisse Hunderttausender Menschen signifikant verbessert und der Schulbesuch der Kinder gesichert. Sechzig Prozent der Menschen, die in Kategorie-D-Haushalten leben, sind Kinder.

Die Ergebnisse wurden 2006 auf der Livingstone Conference vorgestellt, die die AU eigens zur Auswertung des Kalomo-Projekts einberufen hatte. 130 Führungskräfte aus 13 afrikanischen Ländern sowie Mitarbeiter internationaler Organisati-

onen informierten sich über den Ansatz. Sie besuchten Dörfer in Kalomo, wo sie mit Mitarbeitern des sambischen Sozialministeriums, mit Dorfkomitees und mit den Sozialhilfeempfängern zusammentrafen und sich aus erster Hand informieren konnten.

Die Ergebnisse der Feldbesuche wurden im weiteren Verlauf der Konferenz ausgewertet und mündeten schließlich in den Livingstone Call for Action. Diese Resolution fordert alle afrikanischen Regierungen auf, die soziale Sicherung in ihren Ländern durch Cash-Transfer-Programme und andere Maßnahmen nachhaltig zu verbessern. In der Folge führte eine zunehmende Zahl von Ländern derartige Programme ein.

Inzwischen – zehn Jahre nach dem Startschuss von Kalomo – gibt es in fast allen afrikanischen Ländern Cash-Transfer-Programme. Das sambische Programm wurde in den vergangenen Jahren nach und nach ausgeweitet. Nach Angaben der Regierung kam es 2014 rund 150 000 Haushalten zugute und sollte 2016 20 Prozent der Menschen erreichen.

Sozialhilfe in Entwicklungsländern ist kein Tabu mehr. Auch in den Durchführungsorganisationen hat sich soziale Sicherung einschließlich der Förderung von Sozialhilfeprogrammen als legitimes Geschäftsfeld etabliert. Kalomo hat dazu einen signifikanten Beitrag geleistet. <

Tribüne

Literatur

Schubert, B., 1990: Transfers als sozialpolitischer Ansatz zur Bekämpfung überlebensgefährdender Armut. Sonderpublikation der GTZ, Nr. 246, Eschborn.

Schubert, B., 2005: Social cash transfers – reaching the poorest. A contribution to the international debate based on experience in Zambia. GTZ, Eschborn.

Schubert, B., und Beales, S., 2006: Social transfers for Africa. Intergovernmental regional conference report. Livingstone, Zambia, 20-23 March 2006. Helpage International, London.

Cirillo, C., und Tebaldi, R., 2016: Social protection in Africa. Inventory of non-contributory programmes. IPC/UNICEF, New York.

Bernd Schubert



ist ehemaliger Leiter des Seminars für Ländliche Entwicklung an der Humboldt Universität zu Berlin und hat von 2003 bis 2006 als GIZ-Kurzzeitexperte mehrfach an der Konzipierung und Durchführung des Kalomo Social Cash Transfer Pilotprogramms mitgearbeitet.

schubert@teamconsult.org

Rückschlag für die Demokratie

In Gabun fanden am 27. August 2016 Präsidentschaftswahlen statt. Die staatliche Wahlkommission erklärte Amtsinhaber Ali Bongo Ondimba zum Sieger, die Opposition zweifelte das Ergebnis an. Da wichtige Institutionen von Bongos Verbündeten kontrolliert werden, kam es zu keiner Neuauszählung.

Von Jonathan Bashi

→ Die jüngsten Ereignisse erschüttern den Ruf der Stabilität, den sich Gabun in den vergangenen Jahren erworben hat. Sie offenbaren die Schwächen des politischen Systems des Landes. Mehrere Faktoren verdienen Beachtung.

Gabun ist ein kleines Land in der Mitte Afrikas mit einer Bevölkerung von rund 1,8 Millionen. Es verfügt über immense Ölvorkommen und zieht beachtliche ausländische Direktinvestitionen an. Sein Pro-Kopf-BIP gehört zu den höchsten in Afrika südlich der Sahara. Die Gewinne werden jedoch ungleich verteilt – der Großteil der Bevölkerung lebt in Armut.

Viele Menschen machen dafür El Hadj Omar Bongo Ondimba verantwortlich, den Vater des Präsidenten, der von 1967 bis zu seinem Tod 2009 regierte. Ihm wird vorgeworfen, in seiner 42-jährigen Amtszeit ein kolossales Vermögen angehäuft und seine Familie sowie die Elite des Landes mit Privilegien ausgestattet zu haben, während der Rest des Landes in Armut verharrte.

Debatte

Bongo Junior kam 2009 an die Macht, nachdem er bereits mehr als zehn Jahre lang Mitglied der Regierung seines Vaters gewesen war. Seine Wahl damals war von Spannungen begleitet, denn die meisten Gabuner sahen darin die Fortsetzung desselben ungeliebten Regimes. Jetzt sicherte er sich eine zweite siebenjährige Amtszeit. Kritikern zufolge werden damit die seit mehr als einem halben Jahrhundert bestehenden Machtstrukturen zementiert.

Viele Menschen hatten gehofft, Jean Ping, der wichtigste Kandidat der Opposition, würde gewinnen und einen Wandel herbeiführen. Zwei Wochen vor der Wahl gaben zwei andere Oppositionskandidaten

auf, um Pings Chance gegen Bongo Junior zu erhöhen. Beobachter gingen fest von einem Sieg Pings aus.

Aufgrund dieser Prognosen sah die Opposition in dem von der Wahlkommission



Alexandre Sichebak/picture-alliance/dpa

Gegner von Gabuns Präsident Ali Bongo demonstrieren während der UN-Generalversammlung in New York im September vor dem UN-Sitz.

sion verkündeten Ergebnis einen massiven Betrug. Dem offiziellen Ergebnis zufolge erhielt Bongo 49,80 Prozent der Stimmen, während Ping auf 48,23 Prozent kam. Diese Zahlen stimmten nicht mit denen überein, die Pings Lager aufgrund von Strichlisten aus dem ganzen Land ermittelte. Besonderen Zweifel äußerte die Opposition am Ergebnis der Provinz Haut-Ogooue, dem Kerngebiet der Ethnie Teke, zu der auch Bongo gehört. Angeblich gewann der Amtsinhaber dort 95 Prozent der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung

von 99 Prozent – während sie im Rest des Landes nur 59,46 Prozent betrug.

In der Hauptstadt Libreville und an anderen Ort kam es zu Protesten mit Zusammenstößen zwischen Anhängern der Opposition und Sicherheitskräften. Mehrere Menschen wurden getötet oder verletzt, Anhänger Pings festgenommen und die Nationalversammlung in Brand gesetzt.

Ping verlangte eine Neuauszählung aller Stimmen und die Veröffentlichung der Ergebnisse für jedes einzelne Wahllokal. Auch Frankreich, die EU und die USA forderten mehr Transparenz. Auf Druck der internationalen Gemeinschaft, sein Anliegen mit legalen Mitteln durchzusetzen, reichte Ping eine offizielle Beschwerde beim Verfassungsgericht ein, in der er das Wahlergebnis beanstandete und eine Neuauszählung in Haut-Ogooue forderte.

Das Gericht bestätigte Bongo jedoch am 24. September als Sieger, nun mit 50,66 Prozent der Stimmen. Es erkannte die von Pings Leuten eigereichten Strichlisten nicht als Beweismittel an. Allerdings stellte es diverse Unregelmäßigkeiten bei der Stimmauszählung fest, einen Betrug, den es beiden Seiten anlastete. In den Tagen vor der Gerichtsentcheidung zeigten Sicherheitskräfte starke Präsenz in Libreville, um weitere Proteste zu verhindern.

All das wirft kein gutes Licht auf die Demokratie in Gabun. Die beteiligten Institutionen wie die Wahlkommission, das Verfassungsgericht und die Sicherheitskräfte stehen unter der Kontrolle der politischen Clique, die seit Jahrzehnten an der Macht ist. Unter diesen Umständen ist die Aussicht auf einen wirklichen politischen Wandel sehr gering. Die Menschen werden genau von den Institutionen unterdrückt, die eigentlich ihre Interessen sichern sollten. ←

Jonathan Bashi



hat an der University of London's School of Law promoviert und arbeitet jetzt als Berater und Juradozent in der DR Kongo.

Unsicherheit ist die neue Norm

Der Überraschungssieg von Donald Trump mit seiner protektionistischen Agenda hat Reaktionen auf den Märkten weltweit ausgelöst. Pakistan war da keine Ausnahme.

Von Afshan Subohi

➔ Die Börse in Karachi ist reflexartig abgestürzt, hat sich aber schnell wieder erholt. Die unmittelbare Auswirkung auf die pakistanischen Rohstoff- und Devisenmärkte war unklar, aber in vertraulichen Gesprächen reagierten führende Wirtschaftsvertreter äußerst nervös auf Trumps Wahlsieg. Der Welthandel sei unvorhersehbar geworden und Pakistans Premierminister Nawaz Sharif möglicherweise nicht imstande, den Ernst der Lage richtig zu erfassen. Keiner der Unternehmer, mit denen ich gesprochen habe, wollte namentlich erwähnt werden. Aber hinter vorgehaltener Hand sagten sie, sie wüssten nicht, worüber sie sich mehr Sorgen machen sollten: einen möglichen Handelskrieg oder die neue Dynamik der Geopolitik.

Auf jeden Fall wird sich Trumps Präsidentschaft auf Pakistan auswirken. Die Wirtschaft des Landes ist ebenso klein wie sein Anteil am Welthandel, die Abhängigkeit von den USA umso größer – etwa als wichtiger militärischer Verbündeter und als Handelspartner.

Im Wahlkampf hat Trump wiederholt angekündigt, Handelspartner mit Sanktionen und höheren Zöllen zu belegen. „Lästige Verbündete“ werde er „bestrafen“. Eins der Risiken, das Unternehmer sehen, ist eine harsche Reaktion im Falle eines Terrorangriffs in den USA. Trumps anti-muslimische Wahlkampfretorik war da sicher keine Beruhigung, ebenso wenig seine Parolen zu Handel und Einwanderung.

Ein Großteil der pakistanischen Exporte wandert in die USA. Die bilaterale Handelsbilanz fällt zugunsten Pakistans aus: Die Exporte in die USA haben ein Volumen von 4 Milliarden Dollar, die Importe aus den USA sind 1,1 Milliarden Dollar wert. Fast ein Fünftel der pakistanischen Exporte geht in die USA, während nur drei Prozent der Importe von dort

kommen. Neue Handelsschranken hätten schmerzhaft Folgen.

In den USA leben viele pakistanische Einwanderer. Das Geld, das sie in ihre Heimat schicken, steigert die pakistanischen Devisenreserven. Im Steuerjahr 2015/2016 machten Überweisungen aus den USA 2,4 Milliarden Dollar aus, das waren 15 Prozent aller Überweisungen nach Pakistan. Einschränkungen bei der Einwanderung würden diesen Geldfluss reduzieren, der die Importe mitfinanziert.



Händler in Karachi am 9. November, dem Tag, als Trumps Wahlsieg verkündet wurde.

Manche Beobachter mit extremer Perspektive sehen das Datum 11/9, den 9. November, an dem Trumps Wahlsieg verkündet wurde, als ebenso wichtigen Wendepunkt in der Weltpolitik an wie 9/11, den Tag der Terroranschläge des 11. September 2001 in den USA.

Natürlich wurde registriert, dass Trump die Wahl gewonnen hat, obwohl seine Kontrahentin Hillary Clinton 2,5 Millionen Wählerstimmen mehr auf sich vereinen konnte. Beobachter betonen, dass die internationale Gemeinschaft auf jedes

Entwicklungsland herabblicken würde, dessen Wahlrecht einen radikalen Kandidaten mit 46 Prozent der Stimmen zum Sieger machen würde und seinen moderaten Gegner mit 48 Prozent zum Verlierer.

Nach Ansicht des Chefs eines großen Industriekonzerns bestätigt Trumps Sieg eine Lehre aus dem Votum der Briten für den EU-Austritt: „Unsicherheit ist die neue Norm in der modernen Welt.“ Unternehmen kämen mit schwierigen Situationen klar, aber zu viel Unsicherheit bereite ihnen Probleme.

Ein anderer Wirtschaftsvertreter sagt, die Republikaner in den USA seien Pakistan generell mehr gewogen als die Demokraten. „Wenn wir unser Haus in Ordnung bringen und die Unternehmenskultur fördern, wird es gut gehen, egal, wer im Weißen Haus sitzt.“

Premierminister Sharif hat im November mit Trump telefoniert. Sein Büro veröffentlichte anschließend eine Mitschrift des Gesprächs. Demnach sagte der designierte US-Präsident, Pakistan sei ein „tolles“ Land „mit riesigen Möglichkeiten“. Er würde sich freuen, diesen „fantastischen Ort mit fantastischen Menschen“ zu besuchen. Andererseits wurde schnell klar, dass Trump sich in diesem Gespräch unkonventionell verhielt, was darauf hindeutet, dass er als Präsident ebenso unberechenbar sein wird wie während des Wahlkampfes.

Pakistanische Ökonomen halten sich mit Bewertungen zurück. Sie wollen zunächst die ersten hundert Tage von Trumps Amtszeit abwarten. „Vieles wird davon abhängen, was für ein Team er zusammenstellt“, sagt ein Wirtschaftsexperte. Ohne zu wissen, wer seine wichtigsten Berater werden, sei es „schwer zu sagen, wie er mit innen- und außenpolitischen Herausforderungen umgehen wird.“

Afshan Subohi



ist Wirtschaftsjournalistin und arbeitet für die pakistanische Zeitung „Dawn“.

asubohi@hotmail.com

Amerikanische Lektionen

Am 9. November war das Ergebnis der US-Präsidentschaftswahlen historisch. Es zeigt, in welche Richtung sich die Stimmung hinsichtlich Globalisierung, Ungleichheit und internationalen Handels entwickelt, denn Donald Trump siegte mit protektionistischen Sprüchen.

Von Jong Woo Kang

➔ Es wäre zu simpel, zu sagen, dass schlechte Ablehnung des Establishments und die Wut der Zurückgebliebenen die Wahl entschieden hätten. Grundlegende Veränderungen müssen bedacht werden. Die Mittelschichten in den USA schrumpfen, weil die Vorteile der Globalisierung und des Freihandels nicht gleichmäßig verteilt werden. Unter Wirtschaftlern besteht kaum Zweifel daran, dass Volkswirtschaften als Ganze von Globalisierung und Freihandel profitieren – aber nicht jedes Individuum tut das.

Sehen wir nun wachsende Spannungen, weil das, was volkswirtschaftlich gut ist, das Wohlergehen eines relevanten

zent vor sieben Jahren). Wir müssen also davon ausgehen, dass die Beschäftigungsstatistik individuelle Unzufriedenheit nicht korrekt widerspiegelt.

Vielleicht ist es wichtiger, die Grundgesamtheit der Beschäftigten und Arbeitssuchenden zu betrachten. Ihr Anteil an der Bevölkerung betrug vor 2008 noch 66 Prozent und nun nur 63 Prozent. Das könnte darauf hinweisen, dass manche Menschen gern arbeiten würden, aber die Jobsuche aufgegeben haben.

Globalisierung und Freihandel treiben Wachstum an, aber sie fördern nicht den Wohlstand von allen. Es gibt Gewinner

Wahlkampf
in Michigan.



Bevölkerungsteils beeinträchtigt? Offensichtlich sind viele Amerikaner verärgert, obwohl ihr Land ökonomisch derzeit unter den hochentwickelten Nationen recht gut dasteht. Im dritten Quartal betrug die Wachstumsrate immerhin 2,9 Prozent.

Beschäftigung ist selbstverständlich auch wichtig. Arbeitsplätze bedeuten Einkommen, Würde und Selbstbewusstsein. Die Arbeitslosenquote in den USA war zuletzt aber auch nicht sonderlich hoch (4,9 Prozent im Oktober – statt zehn Pro-

zent und Verlierer. Wenn kein stimmiger Ausgleich durch Umverteilung der Vorteile geschaffen wird, fallen die Verlierer unumkehrbar zurück. Denken wir an eine kleine oder mittlere Firma, die wegen billiger Einfuhren ihre Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt hat: Eigentümer und Beschäftigte verlieren ihr Einkommen.

Das US Trade Adjustment Assistance Program soll eigentlich Ausgleich schaffen und den Globalisierungsverlierern helfen, sich so anzupassen, dass sie wieder Arbeit

finden. Das Programm besteht seit 60 Jahren – aber die Ergebnisse sind durchwachsen.

Internationaler Handel ist auch nicht der einzige Faktor mit Einfluss auf Beschäftigungschancen. Technischer Fortschritt – vor allem Digitalisierung – ist ebenfalls wichtig. Es scheint, dass die wachsende Kluft zwischen nationalem Wirtschaftserfolg und individuellem Wohlergehen erheblich zur Erklärung des Wahlergebnisses in den USA beiträgt. Zudem ist ähnliche Wut auch in anderen Ländern erkennbar. Sie treibt populistische Bewegungen an und hat dazu beigetragen, dass die Briten gegen den Verbleib in der EU gestimmt haben.

Wir sollten auf Globalisierung und Freihandel aber nicht verzichten. Sie stärken doch Volkswirtschaften. Wenn wir weltweiten Wohlstand wollen, müssen wir dem protektionistischen Druck, neue Zäune zu errichten, widerstehen. Andererseits müssen sicherlich die Wunden großer sozialer Gruppen geheilt werden. Politiker, Wissenschaftler und internationale Organisationen müssen mehr tun, als die Vorteile der Globalisierung zu beschwören. Es kommt nun mal auch auf die Teilhabe an diesen Vorteilen an.

Regierungen sollten also mehr auf faire Umverteilung achten und mehr dafür tun, benachteiligte Gruppen gezielt zu fördern. Wenn es zu viele Globalisierungsverlierer gibt, kann Globalisierung scheitern – und dann gäbe es weltweit noch weniger Chancen.

Wie es scheint, liegt der Ball nun im Feld der Befürworter von Globalisierung und Handel. Ob Trump bei seiner Wahlkampfrhetorik bleibt oder im Amt eine andere Haltung annimmt, bleibt abzuwarten. Jedenfalls zeigt das Wahlergebnis, dass die Globalisierungsbefürworter wichtigere Hausaufgaben als je zuvor zu machen haben. ←

Jong Woo Kang



arbeitet als Ökonom bei der Asian Development Bank.

jkang@adb.org

Hoffnung für die Antarktis

Das Rossmeer vor der Küste der Antarktis ist zum größten Meeresschutzgebiet der Welt erklärt worden. Dieses Umweltschutzabkommen ergänzt den Antarktis-Vertrag, der 1961 in Kraft trat. Es kann anderen internationalen Umweltschutzinitiativen als Vorbild dienen.

Von **Walter Wuertz** und **Glenn Brigaldino**

➔ Die Kommission für die Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis einigte sich Ende Oktober auf das äußerst wichtige Abkommen – gerade rechtzeitig zum 55-jährigen Bestehen des Antarktis-Vertrags, der selbst eine Erfolgsgeschichte internationaler Zusammenarbeit ist. Das Rossmeer liegt rund 3 000 Kilometer südöstlich von Neuseeland. Das Schutzgebiet beinhaltet eine Fläche von mehr als 1,5 Millionen Quadratmetern, mehr als ein Drittel der Größe der Europäischen Union.

Das Abkommen schreibt den Schutz vor menschlichen Eingriffen für die kommenden 35 Jahre fest, mit der Option auf Verlängerung. In den unberührten Gewässern sind nur Forschungsaktivitäten erlaubt. Die Schutzzone stellt eine wichtige Ergänzung des Antarktis-Vertrags dar, der sich auf das Gebiet südlich des

60. Breitengrades bezieht. Dieser legt Folgendes fest:

- Die Antarktis darf nur zu friedlichen Zwecken genutzt werden.
- Wissenschaftler dürfen dort ihrer Forschung frei nachgehen.
- Die Unterzeichnerländer versichern, keine Gebietsansprüche zu erheben.
- Atomtests und die Lagerung atomarer Abfälle sind in der Antarktis verboten.

In den 55 Jahren seines Bestehens hat sich der Antarktis-Vertrag als Bezugspunkt für das nachhaltige Management eines globalen Gemeinschaftsguts auf kontinentaler Ebene bewährt. Nun stellt die Einrichtung der Schutzzone im antarktischen Rossmeer zusätzlichen maritimen Schutz sicher. Die Verwaltung des südlichsten Kontinents und seiner Gewässer kann somit andere Umweltschutzinitiativen inspirieren, vor

allem vor dem Hintergrund des 2015 geschlossenen Pariser Klimaabkommens.

Was in der Antarktis passiert, geht zweifellos die Mehrheit der Weltbevölkerung an. Fast 50 Länder, in denen zusammen zwei Drittel der Menschheit leben, haben den Antarktis-Vertrag unterzeichnet. Seine Bestimmungen gehen weit über internationale Zusammenarbeit in vielen anderen Bereichen hinaus. Er legt beispielsweise fest, dass nur friedliche, wissenschaftliche Aktivitäten erlaubt sind und dass der gesamte Kontinent entmilitarisiert bleiben muss. Die Unterzeichner halten sich daran.

Kritiker beklagen, dass die Schutzzone im Rossmeer nur einen limitierten Teil der antarktischen Gewässer ausmacht. Es ist aber zu hoffen, dass andere Bereiche in Zukunft ähnlichen Schutz erfahren.

Das würde auch Naturschutzbemühungen nördlich des 60. Breitengrades stärken, die derzeit im Gespräch sind, etwa das von Argentinien und Brasilien vorgeschlagene Walschutzgebiet.

Der Antarktis-Vertrag und das Abkommen über das Meeresschutzgebiet sind in der Öffentlichkeit bei weitem nicht so bekannt wie der Pariser Klimaschutzvertrag. Dabei hängen der Schutz der Antarktis und globaler Klimaschutz eng zusammen. Das Eis der Antarktis kann bis 2100 mehr als einen Meter zum Anstieg des Meeresspiegels beitragen. Wenn die Treibhausgasemissionen – und damit die Erderwärmung – im gleichen Maße wie bisher zunehmen, werden riesige Eismassen ins Meer stürzen. ←

Walter Wuertz

ist ein auf den Offshore-Bereich spezialisierter Geologe und lebt in Malaysia.

Hinweis: Der Autor möchte sein Foto aus persönlichen Gründen nicht veröffentlichen.

ww_9877@yahoo.com

Glenn Brigaldino



ist entwicklungs- und handelspolitischer Berater in Kanada.

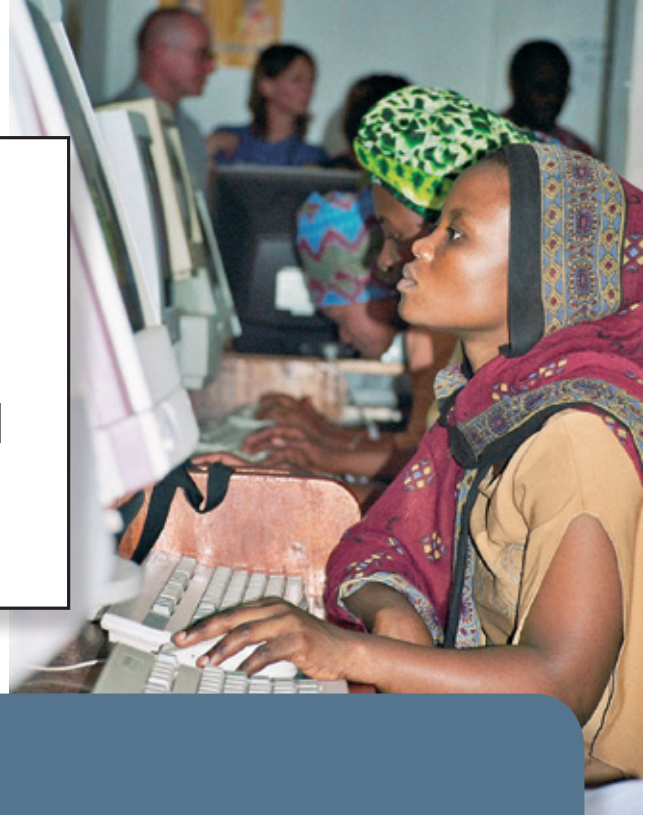
brigaldino.5542@rogers.com



Eis am Ufer des antarktischen Rossmeers.

Debatte

Besuchen Sie
unsere Website
unter www.EundZ.eu



www.eundz.eu

E+Z ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT

Startseite Newsletter E+Z abonnieren Über uns Impressum English

1219 Dezember-e-Paper

DOSSIERS THEMENFELDER WELTREGIONEN RUBRIKEN AUTOREN ARCHIV BLOG

Suche

WELTWÄRTS
Gleiche Normen



KOOPERATION WELTWEIT
Weiter



Aktuelle Blog-Beiträge

- Elections matter – in Gambia, Ghana and Cote d'Ivoire
- International community should act to prevent atrocities

Folgen Sie uns